



## **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

### **28. (Sonder-)Sitzung (öffentlich)**

21. Juni 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl, Benjamin Schruff, Dr. Lukas Bartholomei

### **Verhandlungspunkte und Ergebnis:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**3**

Der Ausschuss lehnt den Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, den anwesenden Vertretern des RVR ein Rede- und Fragerecht zu erteilen, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen und der AfD ab.

#### **IGA 2027 im Ruhrgebiet – Landesregierung muss für Klarheit sorgen**

**6**

Bericht der Landesregierung



### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Guten Morgen meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur 28. Sitzung unseres Ausschusses. Es handelt sich um eine Sondersitzung. Diese ist gemäß § 53 Abs. 2 der Geschäftsordnung durch die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragt worden. Die erforderliche Anzahl der Unterschriften hierfür liegt vor. – Ich sehe ein Handzeichen zur Geschäftsordnung von Herrn Mostofizadeh. Bitte schön.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herzlichen Dank für die Einführung, Herr Vorsitzender. Ich beantrage formal im Namen der Fraktion der Grünen, dass den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern des Regionalverbands Ruhr (RVR) ein Rede- und Frage-recht erteilt wird. Ich wundere mich, dass das im Vorhinein nicht möglich gewesen ist.

Ich möchte das nun in der Sitzung mit der folgenden Begründung formal abstimmen lassen: In der letzten Sitzung hat der Staatssekretär sehr viele Ausführungen gemacht, die den RVR als Führungsgremium betreffen und die zur Klarheit beitragen können, was die weitere Umsetzung anbelangt.

Die Geschäftsordnung gäbe uns eine einfache Möglichkeit zur Einräumung des Rede- und Fragerechts. Deswegen stelle ich den formalen Antrag, diese Personen zu Wort kommen zu lassen. Ich würde die Begründung für die Ablehnung gerne im Vorfeld wissen. Vielleicht hat man aber auch dazugelernt und ist heute in der Lage, dem zuzustimmen.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Um von meiner Seite nicht nur schriftlich völlige Transparenz geschaffen zu haben, reiche ich mündlich noch einmal nach: Laut Geschäftsordnung kann Ihrem Wunsch dann entsprochen werden, wenn keine Fraktion widerspricht. Minderheitenrechte, wie es sie bei der Einladung von Sachverständigen zu Anhörungen gibt, sieht die Geschäftsordnung hier nicht berührt, Herr Mostofizadeh. Die Fraktionen von CDU und FDP haben mir mitgeteilt, dass sie nicht ermöglichen möchten, dass die Vertreter des RVR hier zu Wort kommen. Folglich habe ich das in der Geschäftsordnung Vorgesehene umgesetzt und Ihnen das schriftlich mitgeteilt.

Jetzt verstehe ich das aber so, dass Sie gerade einen Geschäftsordnungsantrag hierzu formuliert haben. Darüber werde ich gleich abstimmen lassen. Nach meiner Erläuterung zum Verfahren – Sie sehen mir sicherlich nach, dass ich diese in meiner Position als Vorsitzender sofort vorgenommen habe – gibt es weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Hübner, bitte sehr.

**Michael Hübner (SPD):** Vielen Dank für die Worterteilung, Herr Vorsitzender. Wir schließen uns ausdrücklich dem Antrag der Grünen an. – Wir würden aber den beiden regierungstragenden Fraktionen trotzdem die Möglichkeit einer Erläuterung dazu, warum die Kollegen vom RVR hier kein Rederecht erhalten sollten, geben. Es ist meiner Meinung nach an ihnen, transparent zu machen, warum sie keine Diskussion mit den Kollegen vom RVR direkt hier vor Ort wünschen.

Wenn Sie, Herr Vorsitzender das vor der Abstimmung gestatten würden, würde ich mich sehr darüber freuen. Vielleicht provoziert das eine Wortmeldung aufseiten der regierungstragenden Fraktionen. – Ich finde es übrigens ausdrücklich gut, dass die Kollegen vom RVR diese Sitzung verfolgen.

**Stephen Paul (FDP):** Wir haben uns im Vorfeld schon abgestimmt. Es wundert mich zwar, aber wir können das jetzt natürlich wiederholen. Diese Wiederholung nährt den Eindruck, dass mit dieser Sitzung Stimmung gemacht werden soll. Das sage ich vorab ganz offen. Gleich in der eigentlichen Aussprache werden wir das auch inhaltlich noch einmal werten.

Wir sehen aber keinen Grund und keinen Bedarf, uns heute nur einseitig mit dem RVR auszutauschen. Zu einem Austausch hätten wir auch die Kommunen aus dem Ruhrgebiet einladen müssen. Wegen der Kurzfristigkeit und wegen dieser Sondersitzung ist das aber gar nicht möglich. Deswegen wollen wir diesem Antrag/diesem Wunsch der Grünenfraktion nicht nähertreten.

**Michael Hübner (SPD):** Herr Paul, vielen Dank für die Erläuterung, die mich jetzt ein bisschen ratlos zurücklässt. Denn auch Ihnen dürfte klar sein, dass der RVR ein Kommunalverband ist und dass, wenn die zuständige Dezernentin hier im Raum ist, sie natürlich in Abstimmung mit den Kommunen im Ruhrgebiet für sie gesprochen hat und sprechen könnte.

Ich entnehme aber Ihren Worten, dass vonseiten Ihrer Fraktion kein Redebedarf vorhanden ist – weder hier mit dem RVR noch mit den Kommunen vor Ort; das macht die Ablehnung des Antrags deutlich.

(Stephen Paul [FDP]: Nicht heute!)

Die heutige Veranstaltung verdanken Sie den wirklich sehr kommunalunfreundlichen Äußerungen Ihres Staatssekretärs in der letzten Sitzung. – Ich bitte darum, in die Abstimmung einzutreten.

**Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU):** Ich habe mir die Mühe gemacht, mir den Tonmitschnitt vom letzten Mal anzuhören. Ich weiß nicht, an welcher Stelle der Staatssekretär in irgendeiner Weise kommunalunfreundlich argumentiert haben soll. Das Gegenteil war der Fall.

Genauso kann ich mir nicht vorstellen, dass heute neue Fragen von Ihnen kommen. Denn alle Fragen, die beim letzten Mal gestellt worden sind, sind aus meiner Sicht beantwortet worden. Ich frage mich, warum wir heute überhaupt in dieser Runde zusammensitzen. Aber ich bin gespannt – vielleicht haben Sie ja heute neue Fragen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die könnte man mal beantworten!)

Ich kann es mir aber fast nicht vorstellen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Es tut mir leid, aber das ist Killefit, was Sie hier machen. Selbstverständlich steht nach Geschäftsordnung jeder Fraktion das Recht zu,

zu jedem Beratungsgegenstand eine Anhörung zu beantragen – bedenken Sie das bitte bei der Abstimmung. Sollten Sie den Antrag ablehnen und sollte uns das Ergebnis der heutigen Sitzung nicht ausreichen – so hat es, glaube ich, auch der Kollege Mostofizadeh herausgestellt –, würden wir uns die Beantragung einer Anhörung und einer weiteren Sondersitzung vorbehalten. Ich weiß nicht, ob Ihr Zeitbudget das hergibt. Aber offensichtlich haben Sie ja die Zeit, sich weiteren Sitzungen zu stellen. Ich halte das für Kinderkram, um es ehrlich zu sagen.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Gibt es weitere Wortmeldungen – natürlich noch nicht inhaltlicher Art, aber zu dieser Geschäftsordnungsfrage? – Das ist nicht der Fall.

Dann fasse ich zusammen: Ich habe es so verstanden, dass Herr Mostofizadeh eine Abstimmung darüber beantragt, ob die Vertreter des RVR heute zu Wort kommen dürfen. Ich habe es weiterhin so verstanden, dass sich für die Fraktion der SPD Herr Kollege Hübner diesem Antrag angeschlossen hat.

Wir stimmen also jetzt nicht über meine Auslegung im Vorfeld dieser Frage ab, sondern über diesen eben gestellten Geschäftsordnungsantrag. Gibt es Widerspruch dazu, dass ich jetzt darüber abstimmen lasse? – Das ist nicht der Fall.

Der Fairness halber sei noch vor der Abstimmung daran erinnert, dass die FDP-Fraktion – im Vorfeld bei der Abstimmung zu Termin und Umfeld der Sitzung – darum gebeten hat, wegen der Kurzfristigkeit in Fraktionsstärke abzustimmen. Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich diesem Wunsch angeschlossen. Deswegen ist vereinbart, dass wir in Fraktionsstärke abstimmen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Auch wir haben ausdrücklich schriftlich zugestimmt, weil das kollegial ist! – Michael Hübner [SPD]: Wir sind ja fair!)

– Dann habe ich das übersehen, aber es ist ja noch besser für das folgende Verfahren. Wir halten fest, dass die Kollegen Obleute Abstimmung in Fraktionsstärke vereinbart haben.

Der Ausschuss lehnt den Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, den anwesenden Vertretern des RVR ein Rede- und Fragerecht zu erteilen, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen und der AfD ab.

**IGA 2027 im Ruhrgebiet – Landesregierung muss für Klarheit sorgen**

Bericht der Landesregierung

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Die Ministerin hat mir gerade gesagt, dass sie direkt einsteigen möchte, ich aber vorher fragen kann, ob die antragsstellenden Fraktionen ihren Antrag vielleicht noch begründen möchten. – Das ist nicht der Fall. Dann hat Frau Ministerin jetzt das Wort. Bitte schön, Frau Scharrenbach.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Möglichkeit, dass wir uns heute zum Sachstand und zum weiteren Verfahren betreffend die Internationale Gartenausstellung austauschen können.

Gestatten Sie mir bitte ein paar einleitende erläuternde Worte. Sie wissen, dass eine Internationale Gartenausstellung alle zehn Jahre stattfindet. In Anbetracht der Ergebnisse der Internationalen Gartenausstellungen der vergangenen Jahre ist unsere Vorgehensweise sinnvoll:

2003 hat die Internationale Gartenausstellung in Rostock stattgefunden, kostete damals 62 Millionen €, und es wurde ein Defizit von 20 Million € eingefahren, das die Stadt Rostock im Nachgang tragen musste. Das Ganze ist durch mangelnde Kontrolle der zuständigen Gremien zustande gekommen.

Bei der IGA 2013 in Hamburg wurde ein Budget von 70 Millionen € bereitgestellt. Es wurde lediglich ein Drittel der erwarteten Besucher gezählt, und Hamburgs Rechnungshof geht statt von Gesamtkosten in Höhe von 70 Millionen € von 154 Millionen € aus. Es wurde ein Defizit von 37 Millionen € erwirtschaftet, das die Freie und Hansestadt Hamburg tragen muss. Der Bund der Steuerzahler hat diese Internationale Gartenausstellung in seinem Schwarzbuch als öffentliche Steuerverschwendung gebrandmarkt. Ursache war damals mangelndes Marketing.

Für die IGA 2017 in Berlin haben wir noch keine validen Daten im Hinblick auf die Plan-Ist-Abweichung.

Sie wissen, dass in Nordrhein-Westfalen schon einmal eine Städteregion versucht hat, sich für eine Internationale Gartenausstellung zu bewerben – nämlich die Städteregion Aachen. Diese hat 2009 ihre Bewerbung zurückgezogen und dies mit der schwierigen Haushaltslage, der fehlenden Aussicht auf zusätzliche Fördergelder sowie dem engen Vertragskorsett, das der Veranstalter der IGA, die Deutsche Bundesgartenbaugesellschaft, vorschrieb, begründet.

Zwei weitere einleitende Bemerkungen: Sie wissen, dass die Federführung für die Gartenausstellungen grundsätzlich beim Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz lag. Seit ein paar Wochen haben das Umweltministerium und mein Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung gemeinsam die Federführung für die Internationale Gartenausstellung 2027. Wir sind mit der Umset-

zung dessen beauftragt, was Herr Ministerpräsident Laschet am 2. April dem Oberbürgermeister von Gelsenkirchen geschrieben hat: eine IGA zu unterstützen. Daran arbeiten wir, und das heißt: Es wird eine IGA im Ruhrgebiet geben.

Zu den Zeitabläufen und Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen müssen:

Das Ziel ist eine Gartenausstellung. – Es stellt sich die Frage: Ist das Ziel „Gartenausstellung“ ein gemeinsames Ziel? Oder geht es um ein Städtebauförderprogramm, das man für das Label „IGA“ – ich sage despektierlich – „mit ein wenig Grün versieht“? Das ist eine Frage, die man sich beantworten darf und muss.

Die Internationale Gartenausstellung hat grundsätzlich zwei Komponenten. Die erste Komponente ist der Investitionshaushalt, der im Wesentlichen von den infrastrukturfördernden Häusern gestaltet wird. Das sind die für Städtebau, Wirtschaft, Verkehr und Umwelt zuständigen Ministerien. Jeder Förderbescheid – und das wissen Sie – bedingt einen investiven Eigenanteil der jeweiligen Kommune.

Die zweite Komponente ist der sogenannte Durchführungshaushalt, worin die Kosten für Planung und Durchführung der Publikumsveranstaltungen, einschließlich temporärer Bauten und Bepflanzungen sowie der gärtnerischen Präsentation, zusammengefasst sind. Dieser Durchführungshaushalt wird allein von der veranstaltenden Kommune/Region getragen, die dazu in der Regel mit der Deutschen Gartenbaugesellschaft eine Durchführungsgesellschaft gründet.

Mit den Eigenanteilen im Investitionshaushalt und dem Durchführungshaushalt haben wir folglich zwei kommunale Komponenten.

Wir haben exemplarisch einen Ausschnitt aus dem grundlegenden Beschluss des Stadtrats in Duisburg gewählt – Gleichlautendes haben die Räte der anderen Mitgliedskommunen im Regionalverband Ruhr 2016 beschlossen –:

Die Verwaltung des RVR wird

„beauftragt, nach erfolgreicher Bewerbung mit den Städten und Kreisen die Zukunftsstandorte und weitere Präsentationsstandorte der IGA Metropole Ruhr 2027 gemeinsam weiter zu qualifizieren. Dazu dienen Wettbewerbe und zu entwickelnde Masterpläne, die Inhalte sowie Kosten – bezogen auf einzelne Haushaltsjahre und Standorte – darlegen. Dafür sind in den jeweiligen Kreisen/Kommunen Umsetzungsbeschlüsse zu treffen.“

In der Begründung zum Ratsbeschluss in Duisburg heißt es sehr deutlich in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen für die Stadt:

Dies bedeutet, dass sowohl das Thema als auch der Umfang der induzierten Investitionen noch variabel sind und erst im Rahmen von Wettbewerben und der Erstellung von Masterplänen in 2016 und 2017 weiter qualifiziert und konkretisiert werden. Die tatsächliche Beteiligung der Stadt an der Ausrichtung der IGA Metropole 2027 unterliegt dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im städtischen Haushalt.

Dies ist ausdrücklich richtig, und die Räte haben damit verdeutlicht, dass sie sehr wohl und sehr fokussiert auf die Frage schauen: Schafft es unser städtischer Haushalt, die Auswirkungen einer Internationalen Gartenausstellung zu stemmen?

Am 5. Juli 2016 hat die Verbandsdirektorin die Machbarkeitsstudie zur IGA 2027 im damaligen Kabinett vorgestellt. Eine vertiefte inhaltliche Befassung damit oder Beschlüsse zur möglichen Unterstützung sind im damaligen Landeskabinett nicht erfolgt. Dem Regionalverband Ruhr wurde lediglich geraten, den in der Machbarkeitsstudie vorgeschlagenen Umfang der Präsentation und den erforderlichen Finanzbedarf – damals 400 Millionen € – deutlich zu verringern.

Am 8. Dezember 2016 erhielt der Regionalverband Ruhr den Zuschlag von der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft mit folgendem Schreiben – ich gebe einen Auszug wieder:

Über ihn – das ist eine Person beim Regionalverband Ruhr – werden wir in Kürze auch den Entwurf eines Letter of Intents zuleiten, mit dem wir die Grundlagen unserer Zusammenarbeit unter dem Vorbehalt der noch in den beteiligten Kommunen herbeizuführenden finalen Beschlüsse festlegen wollen.

Es folgten im Laufe des Jahres 2017 – das können Sie sowohl dem Bericht an diesen Ausschuss als auch einer Antwort auf eine Kleine Anfrage entnehmen – mehrere Termine zwischen verschiedenen Ressorts der Landesregierung und dem Regionalverband Ruhr.

Am 24. November 2017 hat der Umweltausschuss des Regionalverbandes dem Verbandsausschluss empfohlen, den Projekt- und Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen und auf dessen Basis im nächsten Schritt die Mitgliedskommunen des RVR entsprechende Beschlüsse fassen zu lassen. Das ist ein Beschluss des Umweltausschusses von November 2017, der im Dezember 2017 bestätigt wurde.

Ich wurde erstmalig am 31. August im Rahmen der Heimattour 2017 mit der Vorstellung des Regionalverbandes Ruhr zur IGA konfrontiert und habe bereits damals die Frage gestellt: Was ist mit der Folgekostenbelastung? – Auch anwesende Hauptverwaltungsbeamte haben mir zugestimmt, dass dies die offene Frage sei.

Seitdem versuchen wir, diese Frage zu qualifizieren, und zwar vor folgendem Hintergrund: 27 Städte im Verbandsgebiet sind im Stärkungspakt. Ich habe nicht wenige der Hauptverwaltungsbeamten regelmäßig zu Gast, und sie machen mir sehr deutlich: Mit den Städtebaumitteln, die sie aktuell bekommen, sind schon die damit ausgelösten Eigenanteile zum Teil schwer zu finanzieren. Das heißt, schon aus dem Status quo heraus sagen Hauptverwaltungsbeamte: Auch ohne die Berücksichtigung einer IGA sind die Eigenanteile, die im Zusammenhang mit der Städtebaufinanzierung des Bundes und des Landes gefordert sind, aus unserer jeweiligen haushalterischen Sicht schwer darstellbar. – Das ist nachvollziehbar.

Am 24. November 2017 gab es eine Anlage, aus der hervorgeht, was denn die betroffenen Kommunen zum Durchführungshaushalt beitragen sollen. Die Städte Dortmund, Gelsenkirchen (Stufe 2 im Stärkungspakt) und Duisburg (Stufe 1 im Stärkungspakt) sollen insgesamt jeweils rund 14,8 Millionen € bezogen auf einen Zehnjahreszeitraum beitragen; die Gemeinde Castrop-Rauxel (Stufe 1 im Stärkungspakt) und die Stadt Recklinghausen (Stufe 2 im Stärkungspakt) insgesamt jeweils 6,3 Millionen €; Bergkamen (Haushaltssicherung) und Lünen (Haushaltssicherung, versucht sich gerade in



Stufe 3 des Stärkungspaktes zu klagen) sollen jeweils 6,3 Millionen € bezogen auf den Zehnjahreszeitraum leisten.

In dem, was die Verbandsversammlung dann im Dezember 2017 verabschiedet hat, steht sehr deutlich, dass diese Mittel ab 2019 in die Haushalte einzustellen sind. Das heißt, sie müssten theoretisch schon jetzt in den Mittelfristigen Finanzplanungen dieser Kommunen enthalten sein.

In allen nachfolgenden Beschlüssen ist zu lesen, dass der Regionalverband Ruhr beauftragt wird, die Beschlüsse in den Kommunen mit einem detaillierten Zeitplan für Januar, Februar und März 2018 vorzubereiten – immer mit dem Hinweis versehen: Wir müssen die Folgekosten und die Folgeeinnahmen noch qualifizieren. Diese Qualifizierung soll vor den kommunalen Beschlüssen vorhanden sein.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Genau! Das ist nicht Ihr Ernst, ehrlich!)

An diesem Punkt stehen wir. – Die Frage ist: Können Ihre Haushalte das tragen?

Gleich wird Ihnen Frau Bohle, Abteilung 5 Städtebauförderung im MHKBG, den Unterschied zwischen einer REGIONALEN und dem klarmachen, was hier ein Fehler in einer Annahme ist.

Wir haben dem Regionalverband am 6. Februar in einer Besprechung, an der das Umwelt- und Finanzministerium sowie drei Vertreter des RVR teilgenommen haben, sehr deutlich gemacht, was wir erwarten: die Hinzufügung eines Satzes in den Resolutionen, die Sie in den Räten gerade anstoßen, der da lautet: Die für den städtischen Haushalt der Stadt X beabsichtigten Kostenbelastungen in Höhe von X Millionen € stellt der Stadtrat bereit. – Dieser Satz würde uns reichen. Damit wüssten wir, dass Sie sich damit auseinandergesetzt haben, was das letztlich für Ihren Haushalt bedeutet.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nun das Wort an Frau Bohle geben, um darzulegen, wo die wesentlichen Fehler – möglicherweise Annahmefehler – in der Planung zu der IGA 2027 liegen.

**MDgt Anne Katrin Bohle (MHKBG):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Eine IGA ist eine Exzellenzveranstaltung. Diese IGA weist zudem eine Besonderheit auf, die sie von allen Internationalen Gartenausstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet: Sie ist – was man vom Ansatz her ausgesprochen begrüßen dürfte – eine Gemeinschaftsveranstaltung von 53 Kommunen. Die haben sich in interkommunaler Kooperation und in der Ausrichtung, den weiteren Strukturwandel des Ruhrgebiets zu begleiten, zu dieser Idee zusammengesetzt.

Die Annahme allerdings, die möglicherweise besteht – das will ich gar nicht unterstellen –, aber zumindest muss ich ganz klar fragen: Wie sieht es denn von der finanziellen Seite einer solchen Unterstützung aus, von einem der maßgeblichen Träger? Sie wissen, und das ist eine Erfahrung mit Landesgartenschauen, die in guter Kooperation mit dem Umweltministerium in der Vergangenheit auch gerade städtebaulich durchaus ausgesprochen positiv gewirkt haben, dass ein nicht unerheblicher Anteil, oft sogar ein deut-

lich höherer finanzieller Anteil auf Städtebauförderung gelegen hat – dankenswerterweise nickt Herr Remmel –: ungefähr 4,5 Millionen vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz und im Schnitt die drei- bis vierfachen Volumina, 14,5 zum Beispiel mal für eine Landesgartenschau. Aber wenn es strukturpolitisch und städtebaulich sinnvoll war, konnte man die Dinge gut miteinander verbinden.

Was es aber nie gegeben hat, weder für eine Landes- oder Bundesgartenschau noch für eine Internationale Gartenausstellung, war Extrageld. Diese Veranstaltungen mussten immer aus den bestehenden Förderprogrammen finanziert werden.

Priorisierungen gab es nur bei den REGIONALEN. Bei denen hat das Kabinett mithilfe der regulären Förderprogramme – ohne Extrageld – Projekte priorisiert. Das hatte zur Folge, dass der Anteil, beispielsweise aus der Städtebauförderung, in den jeweiligen Regionen, im Verhältnis zum sonstigen Anteil und Budget, prozentual immer etwas darüber lag – so unter anderem bei der REGIONALE Südwestfalen.

Das wurde in den Regionen und Regierungsbezirken aber immer akzeptiert, weil die regionale Verteilung, auch von im Wettbewerb stattfindenden REGIONALEN, über die Jahre und Jahrzehnte hinweg stets eine ausgeglichene war. Waren beispielsweise die Fördermittel für die REGIONALE Köln-Bonn im Jahr 2010 überproportional hoch, so waren die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster in dieser Zeit bescheidener, um die außergewöhnlichen strukturpolitischen Maßnahmen zu ermöglichen.

Auch für die IGA gilt: Es gibt kein Extrageld. Was uns ein bisschen Sorge bereitet: Sicherlich wird es die eine oder andere Maßnahme geben, die von der Konzeption der Exzellenz her einer IGA gleichkommt und zudem für die jeweilige Kommune eine hinreichende städtebauliche Wirkung hat. Wegen des Großraums muss man das allerdings immer in den interkommunalen Zusammenhang stellen. Ähnlich wie bei den REGIONALEN muss das individuelle Interesse einer Kommune gegebenenfalls für das große Ganze hintanstellen.

Eines möchte ich deutlich machen – und das ist nicht als Bevormundung gemeint –: Für das Ruhrgebiet liegt unser jährliches Investitionsvolumen im Bereich der Städtebauförderung bei präterpropter 80 Millionen €.

Wenn man eine IGA macht und sich hier sehr stark auch auf nachvollziehbare Elemente wie gemeinschaftliche Grünzüge, Wegebeziehungen ... Das wird man sicherlich brauchen, denn wenn man eine so exzellente Show durchführt, wird man natürlich darauf rekurren, dass eine Vielzahl auch auswärtiger Besucher in das Ruhrgebiet kommt. Da wird man Mehrwerte generieren können.

Leider sind aber im Ruhrgebiet viele meiner Kunden – dieses Wort habe ich ganz bewusst gewählt – finanziell nicht so stark gestellt, dass sie eine freiwillige Leistung, zu denen auch die Städtebauförderung gehört, in extenso aus ihren Haushalten bedienen können.

Deshalb wird es möglicherweise zu Situationen kommen, in denen man sich entscheiden muss. Als Beispiel sei die Innenstadtentwicklung in Dortmund genannt: Sollte die zurückgestellt werden, um stattdessen das Grünzugprojekt „Emscher nordwärts“ voranzutreiben, weil das besser zum Format der IGA passt? Oder sollte Gelsenkirchen

andere Projekte der Stadtentwicklung zurückstellen, um den Fokus auf die Weiterentwicklung des Nordsternparks legen zu können? Um es ganz deutlich zu machen: Ich maße mir kein Urteil darüber an, ob die Städte finanziell in der Lage sind, auch beide Projekte zu realisieren.

Eine IGA ist sicherlich etwas anderes. Man wird auf andere Momente abstellen müssen. Man wird im Durchführungshaushalt auch sicherlich für das große Ganze – was ich absolut gut und richtig finde – sagen müssen: Individualentwicklungen in meiner Kommune werden für die gemeinschaftlich prosperierende Entwicklung zurückgestellt.

Was ich damit sagen will: Wir werden dafür nicht mehr Geld haben. Da man jeden Euro – wie jede gute Hausfrau weiß – nur einmal ausgeben kann, wird man vor Ort zwischen diesem oder jenem Projekt wählen müssen. Nichts anderes bedeutet dieser Hinweis.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass all die Projekte, die wir teilweise noch gar nicht kennen, die nur angesprochen sind, in gleicher Weise umgesetzt werden können wie die Fortführung von Vorhaben, die uns bereits bekannt sind und deren Fortführung beabsichtigt ist.

(Michael Hübner [SPD]: Bitte? Natürlich kennen Sie die!)

Genau darauf muss man hinweisen, denn 80 Millionen für das Ruhrgebiet sind halt nur einmal vorhanden. Es gibt keinen Extratopf – weder aus Städtebausicht und auch aus anderen Fördermitteln nach meinem Dafürhalten nicht – für eine solche Exzellenzveranstaltung wie die IGA. Das kann zu Entscheidungsnotwendigkeiten führen. Wenn man die so trifft, ist das kommunale Selbstverwaltung, ist das kommunale Hoheit. Wir müssen nur – das gebietet die Fairness und die Transparenz – ganz klar sagen: Wir werden nicht alles können, was da gegebenenfalls auf der Agenda steht. Und es gibt kein Add-on, was das Geld betrifft. Wie man sich am Ende des Tages entscheidet, das ist eine ganz klare Angelegenheit der kommunalen Hoheit und der Machbarkeit in diesem Kontext.

Noch eine Bemerkung: Für den Durchführungshaushalt werden wir aus Sicht der Städtebauförderung alleine schon aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten nichts dazugeben können. Wenn es allerdings Städtebauförderung ist, dann ist klar, dass auch diese Vorhaben und Maßnahmen an die Zweckbindungsfrist gebunden sind, was den Erhalt, die Zugänglichkeit dieser entsprechenden Anlagen anbetrifft.

Auch da erlaube ich mir einen kleinen Hinweis. – Wir haben aus der Vergangenheit auch Erfahrungen mit lokalen Veranstaltungen, mit Landesgartenschauen. Und ich weiß um die Sorgen und Nöte, die der adäquate Erhalt dieser teilweise wunderschönen Grünzüge, die dort entwickelt worden sind, der jeweiligen Kommune heute bereiten – ob das Nordstern ist, ob das Olga ist. Und auch die Belastung – die Gott sei Dank erfreuliche Belastung –, die eine Kommune wie Duisburg auf sich nimmt – Rheinpark-Entwicklung, Landschaftspark Duisburg Nord, bei dem sich Duisburg herausragend engagiert –, das sind alles Faktoren aus der Vergangenheit, auch aus Förderung, derer die Städte sich angenommen haben und mit denen sie verantwortungsbewusst umgehen.

Ich würde mir wünschen – das sage ich Ihnen als Stadtentwicklerin –, dass gerade diese Region auch die Finanzkraft hat, das eine wie das andere zu tun. Aber ich denke, es wäre eine unsachgemäße und falsche Beratung, wenn der Eindruck entstehen könnte,

dass wir für diese Möglichkeiten oder für diese Vorstellungen, die sicherlich ihren Vorteil haben werden, mehr Geld zur Verfügung stellen können, als wir in der mittelfristigen Finanzplanung, insbesondere für die Städtebauplanung, zur Verfügung haben.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Der Vollständigkeit halber, damit Sie wissen, was wir jetzt eintranchieren müssen und warum das eben ein bisschen länger dauert:

Wir haben im Jahr 2020 die Landesgartenschau in Kamp-Lintfort, für die auch Städtebaufördermittel gebunden werden.

2022 findet die REGIONALE Ostwestfalen-Lippe statt: Priorisierung von Städtebaufördermitteln, wie Frau Bohle ausgeführt hat.

2023: Landesgartenschau in Höxter mit dem Ziel, das Weltkulturerbe Schloss Corvey näher an den Innenstadtkern von Höxter heranzubringen, und das heißt „Städtebaufördermittel“.

Für 2024 – ganz abschätzen können wir es noch nicht – haben mehrere nordrhein-westfälische Städte Interesse daran bekundet, Spiele der Fußball Europameisterschaft auszurichten, wofür möglicherweise auch noch Städtebaufördermittel zur Qualifizierung von Plätzen und Vergleichbarem beansprucht werden.

2025 die REGIONALE Köln/Bonn – analog Städtebaufördermittel –; 2025 auch die REGIONALE Südwestfalen. Für 2025 liegt inzwischen das Interesse der Stadt Wuppertal auf dem Tisch, eine Bundesgartenschau auszurichten – Anspruchsvolumen: 60 Millionen €.

2026 steht wiederum eine Landesgartenschau an; die Ausschreibung ist noch nicht eröffnet.

Und 2027 käme schließlich die Internationale Gartenschau.

Das heißt: Alles, was wir heute tun, steht per se unter zwei Vorbehalten. Erstes Stichwort: Bundeshaushalt, Fördermittel Städtebau; zweites Stichwort: Europäische Union, EFRE-Programm, Städtebau.

Vor dem Hintergrund dieser Zeitläufe und der Beträge, die die einzelnen Projekte an Städtebaufördermitteln binden, ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, was man will. Will man ein Städtebauförderprogramm für das Ruhrgebiet? – Darüber kann man sich unterhalten; das haben wir immer ausdrücklich gesagt. Oder will man diese sechsmonatige Gartenausstellung im Jahr 2027?

Deswegen daran anschließend zwei letzte Bemerkungen. – Sie haben am 15. Dezember gemäß der Anlage zum Beschlussvorschlag im Regionalverband Ruhr gesagt:

Mit dieser Vorlage wird ein erster Entwurf des Projekt- und Finanzplans vorgestellt, mit dem in eine intensivere politische Diskussion eingestiegen werden soll, um Beschlüsse der Mitgliedskommunen des RVR für Anfang 2018 vorzubereiten und bis spätestens Mitte 2018 entsprechende Beschlüsse der Verbandsversammlung sowie der Genossenschaftsversammlung der Emschergenossenschaft zu erreichen – weil sie eine Vereinbarung zwischen dem RVR und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft haben, bis zum 30. Juni die bindenden Beschlüsse der Kommunen und des RVR vorzulegen.

Diese Vereinbarung besteht nicht zwischen der Landesregierung und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft, sondern zwischen den Kommunen und der Gesellschaft. Und genau das ist das Problem: Wir bekommen diese Beschlüsse nicht. Und ich betone es noch einmal: Die Abschätzung der Folgekosten beziehungsweise Folgenutzen sollte vonseiten des RVR vor der Einleitung dieser Beschlüsse durch die kommunalen Gremien der Mitgliedskommunen vorliegen. Das ist bis heute nicht geschehen.

In diesem Zusammenhang wurde im Mai im Rat der Stadt Duisburg eine schriftliche Anfrage gestellt – sie bezieht sich auf den Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2016 –:

Wie ist der derzeitige Stand der IGA-Planung hinsichtlich – erstens – der Konkretisierung in kostenunteretzten Masterplänen – Beschluss 2016: Auftrag –, b) der Finanzierungszusage durch das Land und c) in Bezug auf die Projektliste der Stadt Duisburg?

Frage 2: In welcher Höhe und unter welcher Kostenstelle ist der geplante Eigenanteil der Stadt für die IGA in den Haushalten der nächsten Jahre eingeplant, um die Nachhaltigkeit zu stärken?

Frage 4: Mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft wurde für den Abschluss des Vertrages ein Zeitziel bis zum 30. Juni 2018 vereinbart. Wie wird sichergestellt – und das ist die Frage, die sich in dem Fall an den Regionalverband stellt –, dass der Rat bis dahin die noch notwendigen Beschlüsse gefasst hat?

Diese Fragen wurden am 7. Mai von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt. Und genau diese Fragen stellen auch wir seit dem 31. Mai letzten Jahres permanent allen Beteiligten, die wir treffen – bis auf die nach der Finanzierungszusage durch das Land, die wir selbst beantworten werden.

Und deswegen: Ihre Fragen sind richtig, der Ansatz ist richtig, zu fragen: Können die Haushalte das tragen? Von daher ende ich für diese Runde mit der deutlichen Aussage, dass wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine IGA im Ruhrgebiet begleiten und unterstützen werden. Wir müssen uns allerdings bei einigen Fragen einig werden: Was ist das eigentliche Ziel? Was bringt uns bei den Projekten wirklich weiter? Welchen Mehrwert haben die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet im Nachgang zur IGA, sprich: Qualifizierung von Plätzen, mehr Aufenthaltsqualitäten in den Städten im Ruhrgebiet? Oder ist es am Ende das, was vorgelegt wurde – die Qualifizierung von Grünzügen außerhalb von Städten und Plätzen?

**Sebastian Watermeier (SPD):** Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren energischen Vortrag, in dem Sie eine sehr dramatische Situation dargestellt haben. Ich wundere mich allerdings, dass wir uns erst in der heutigen Sitzung in dieser dramatischen Situation befinden. Ich erinnere mich an den Redebeitrag des Staatssekretärs in der letzten Sitzung, der sehr ruhig und abwartend aufgetreten ist und gesagt hat, man schaue erst einmal, was komme, und das werde schon alles irgendwie, und auch mit der Deadline müsse man erst einmal schauen.

Ich bin wirklich erstaunt über Ihren Vortrag, zum einen, weil ich ihm nicht entnehmen konnte, dass Sie die IGA ähnlich positiv bewerten, wie es offensichtlich der Ministerpräsident tut. Immerhin hat er zur Unterstützung aufgerufen. Ich bin zum anderen et-

was verwundert, dass die Federführung von der alleinigen Federführung des Umweltministeriums auf eine gemeinsame Federführung übergegangen ist. Insbesondere würde ich gerne wissen, was das Umweltministerium in der bisherigen Federführung, die bis April andauerte – so haben Sie es gesagt –, unternommen hat, um die von Ihnen skizzierten zahlreichen offenen Fragen zu klären.

Das möchte ich auch vor dem Hintergrund wissen, dass man hier im Landtag vonseiten des Umweltministeriums eigentlich wenig zu diesen Fragen gehört hat. Zumindest ist das Thema im zuständigen Ausschuss, glaube ich, gar nicht aufgerufen worden. Der größte Berührungspunkt zum Thema „IGA“ war ein Referat von Herrn Holthoff-Pförtner im Europaausschuss, wo er ein etwas anderes Bild der Lage gezeichnet hat und vor allem auch auf erhebliche Abstimmungsdefizite innerhalb der Landesregierung hingewiesen hat, über die wir uns auch damals schon sehr gewundert haben.

Ich möchte Ihrer Einschätzung zum Gegeneinander von Städtebau und Gartenbau Folgendes entgegenen. Sie haben die BUGA 1997 selbst zitiert. Ich glaube, dass diese ein gutes Beispiel dafür ist, dass beides zusammen geht, also dass eine Gartenschau sowohl einen nachhaltigen Wert haben als auch ein ganzes Areal neu entwickeln kann. Ich glaube, dass das vor allem bei der IGA in größerem Maßstab der Fall ist.

Sie haben eine ganze Menge anderer Projekte mit einem nicht unerheblichen Finanzrahmen erwähnt, die auf der Strecke bis zur IGA liegen. Sie alle haben irgendwie gemeinsam, dass sie nicht im Ruhrgebiet stattfinden. Das summiert sich auf ordentliche Beträge. Hier habe ich Ihre Vorbehalte nicht erkennen können.

Da im Moment die Fußballweltmeisterschaft stattfindet, möchte ich einen Fußballvergleich bemühen, Frau Ministerin. Die IGA hat ein großes Potenzial, das aber auch auf Drängen dieser Landesregierung im Finanzumfang ein bisschen reduziert worden ist. Für dieses größere Projekt gab es bereits eine deutliche Absichtserklärung seitens der Kommunen.

Wir sind jetzt an folgendem Punkt angekommen: 90. Minute, der Ball liegt auf dem Elfmeterpunkt. Die Landesregierung könnte ihn reinmachen, diskutiert aber lieber über den Videobeweis, der zum Elfmeter geführt hat. – Das finde ich nicht sonderlich sinnvoll und sinnstiftend. Vielleicht sollte sich der Spielführer mal einmischen und sagen: So machen wir es jetzt.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Die Ministerin möchte direkt antworten.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Sehr geehrter Abgeordneter, Sie erwähnen die BUGA 1997 in Gelsenkirchen. Sie wissen aber auch, dass die Stadt Gelsenkirchen vor dem Hintergrund des Haushaltes Schwierigkeiten in der Nachhaltigkeit der Pflege dieser Einrichtung hat. Nicht umsonst wird dieses BUGA-Gelände jetzt aufgerufen. Sie finden in der Ihnen bekannten Projektliste viele Gelände und Flächen, die dem Grunde nach mit Neu- und Wiederqualifizierung belegt sind.

Gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Am Ende ist es Ihre kommunale Entscheidung, weil Sie diese Dinge finanzieren müssten. Und wenn Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern sagen: „Wir wollen das alles, was in diesen Projekten steht“, dann sagen Sie ihnen aber

auch: „Es könnte sein, dass wir dafür entweder mehr Kredite aufnehmen oder an anderer Stelle sparen oder Grundsteuern erhöhen müssen.“ Mehr erwarten wir nicht.

(Sebastian Watermeier [SPD]: Das tun wir doch!)

Das Problem ist aber, dass s(S)ie innerhalb der kommunalen Familie, innerhalb des Regionalverbands Ruhr Beschlüsse fassen, diese aber nicht zur Umsetzung bringen, obwohl s(S)ie der Landesregierung im Hinblick auf die Unterstützungswirkung helfen könnten. In diesen Beschlüssen steht seit Herbst 2017 immer wieder, dass der Regionalverband diese Beschlüsse für die Kommunen vorbereitet. Diese werden aber nicht gefasst, weil die Folgekosten-/Folgeeinnahmenqualifikation noch nicht vorliegt.

(Michael Hübner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Und Sie haben auch noch letztlich den Beschluss aus der Verbandsversammlung.

Ich sage Ihnen noch einmal: Die Landesregierung wird eine IGA im Ruhrgebiet unterstützen.

(Michael Hübner [SPD]: Was für eine denn? Konkretisieren Sie doch mal, was das bedeutet)

Daran arbeiten zwei Häuser sehr intensiv, und das tun sie auch schon über die ganze Zeit. Und vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen noch einmal: Diese Liste, die Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit kennen, befindet sich gerade in der Qualifizierung des Wirtschaftsministeriums, des Verkehrsministeriums, unseres Hauses sowieso – per se seitdem sie vorliegt – und des Umweltministeriums. Das schauen wir uns alles an.

Mit Frau Ministerin Heinen-Esser und dem Geschäftsführer der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft habe ich am 3. Juli 2018 einen Gesprächstermin, um offene Fragen zu klären und noch einmal im Zusammenhang Fristen und Vergleichbares zu besprechen. Wir treiben das mit sehr viel Verve voran.

Sie nehmen an, dass die Situation dramatisch ist, aber nein: Wir arbeiten daran. Wir wollen einfach in Ruhe an diesem Projekt im Sinne der Mitgliedskommunen des Ruhrgebiet weiterarbeiten; denn wir wollen, dass es ein Erfolg wird – und zwar auch im Nachhinein für die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet unter Berücksichtigung der Anforderungen, die Sie ansonsten – durchaus nicht unberechtigt – auch an die Finanzausstattung durch Bund und Land stellen. Das ist aber nicht so einfach miteinander in Einklang zu bringen.

Ich zeige Ihnen im Folgenden einige Ideen auf, was man möglicherweise mit einer Gartenschau tun könnte. Sie könnten zum Beispiel im Ruhrgebiet die neuen Möglichkeiten der Landesbauordnung nutzen und architektonisch hochwertige und nachhaltige Gebäude im Stil „Bauen mit Holz“ umsetzen. Sie könnten das Thema „Grün“ beispielsweise offensiv im Sinne des Stadtklimas nutzen.

(Michael Hübner [SPD]: Das ist doch ein Witz!)

All diese Projekte können Sie denken, und das bringt den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern am Ende viel mehr als die eine oder andere Geschichte, die in den Projektunterlagen noch nicht mal kostentransparent enthalten ist.

Wir befinden uns also in Diskussionen. Ich sage noch einmal: Wir werden eine internationale Gartenausstellung unterstützen. Wir werden das unterstützen.

(Michael Hübner [SPD]: Wie denn?)

Sie bringen mit allen möglichen Ratsresolutionen eine Schärfe in die politische Diskussion. Ein Satz, dass Sie sich damit auseinandersetzen und sich fragen, was das für Ihre Bürgerschaft bedeutet, hätte gereicht. Das haben Sie aber nicht gemacht.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Ministerin, Sie sprechen von einer Schärfe, die wir angeblich in die Diskussion bringen. Es gibt einen einstimmigen Ratsbeschluss, worin mindestens CDU, SPD, Grüne, FDP und auch weitere Fraktionen des Rats der Stadt Essen die Landesregierung einstimmig aufrufen, das IGA-Projekt durchzuführen.

(Ministerin Ina Scharrenbach [MHKBG]: Wir machen es doch!)

– Sie haben sehr lange reden können, Frau Ministerin. Das halten Sie auch mal kurz aus.

Ich finde Ihr Vorgehen unangemessen. Ehrlich gesagt, finde ich es auch unangemessen, dass Sie den Stadträten erklären, wie diese ihre Geschäfte zu regeln haben. Wir haben bereits den 21. Juni 2018. Nach meiner Kalenderrechnung ist der 30. Juni immer die Mitte des Jahres. All das, was Sie gesagt haben, Frau Ministerin, finde ich bedenkenswert – um das sehr klar zu sagen. Die Partei der Nachhaltigkeit hat im Rat der Stadt Duisburg eine entsprechende Anfrage gestellt und darin diese Fragen aufgeworfen. Frau Ministerin, dass Sie ernsthaft ankündigen, eine Gartenbauausstellung bzw. ein Projekt dieses Ausmaßes durchführen zu wollen – mit der vollen Rückendeckung der Landesregierung; das haben Sie heute viermal ausdrücklich gesagt –, passt nicht mit Ihren Ausführungen zusammen. Wenn man meint, dass die Grundannahme dieses Projektes falsch ist, dass es nicht nachhaltig ausfinanziert und dass es von den Städten nicht tragbar ist – das haben Sie heute ausdrücklich noch mal vorgetragen, ähnlich wie das Herr Heinisch letzte Woche getan hat –, dann hätten Sie die Notbremse ziehen oder sagen müssen: Dieses Projekt ist nach Meinung der Landesregierung mit dieser Grundannahme nicht durchführbar. – Vor dieser Entscheidung drücken Sie sich.

Das ist der Punkt, der uns aufregt, und deshalb haben wir auch eine Sondersitzung beantragt. Wir fordern nicht, dass Sie Ihre Hausaufgaben machen, die Hausaufgaben hätten allerdings viel früher erledigt werden müssen. Wenn man Mitte des Jahres gegenüber der Bundesgartenbaugesellschaft eine Garantieerklärung abgeben will, muss eine klare Projektskizze mit klarer Finanzierung vorliegen und die Finanzierung muss durch die Landesprüfung in einem Maße geprüft sein, dass sie sie für durchführbar hält und sie eine Garantieerklärung abgeben kann.

Das alles liegt Stand heute nicht vor. Ganz im Gegenteil: Sie und Ihre Abteilungsleiterin erklären, der RVR setze darauf, zusätzliches Geld zu generieren; denn mit dem ihm im Moment schon zur Verfügung stehenden Geld könne er seine bereits im Hinblick auf die Städtebauförderung angemeldeten Projekte nicht finanzieren. Das ist die Quintessenz Ihres Vortrags. Ich finde es schon hammerhart, dass Sie nicht bereit sind, einen klaren Zeitplan vorzulegen, der zeigt, wann das abzuarbeiten ist oder wann Sie die Entscheidung gegen die IGA treffen wollen.



Sie haben gesagt, es werde eine IGA im Ruhrgebiet durchgeführt. Das kann ja auch bedeuten, dass dies ganz allein in Dortmund passieren soll. Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund hat das bereits vor einigen Monaten ins Spiel gebracht. Ich finde nicht in Ordnung, in welcher Weise die Ausschüsse informiert werden. Sie hätten von sich aus damals zumindest auf den Umweltausschuss – Frau Schulze Föcking hatte ja anderes zu tun – zugehen und Bericht erstatten müssen. Das ist nicht passiert.

Ich frage mich schon, warum der Ministerpräsident in einer öffentlichen Veranstaltung, die pikanterweise unter anderem auch noch vom bis dahin mitzuständigen Europaminister Holthoff-Pförtner zu verantworten war, erklärt, es handele sich um ein wichtiges Leitprojekt im Rahmen der Ruhrkonferenz, das die Landesregierung auch durchführen wolle, während aber die zuständige Fachministerin bzw. Fachabteilung sagt, mit der bisher vorliegenden Finanzierungsvorlage könne man überhaupt nicht arbeiten.

Ich bitte um klare Ansagen: Wann ist aus Ihrer Sicht kalendarisch Mitte des Jahres? Wann müssen die Garantieerklärungen gegenüber der IGA abgegeben werden? Sind Sie der Meinung, dass Sie genug Zeit haben, um dieses Projekt noch einmal komplett auf den Kopf zu stellen, und letztlich der RVR schuld ist, dass noch nichts auf dem Tisch liegt? Zuletzt haben Sie genau diese Aussage getroffen: Die Beschlüsse liegen nicht vor, der RVR hat seine Hausaufgaben nicht gemacht und kann heute nicht antworten. Deswegen verschieben wir es auf einen späteren Zeitpunkt.

Ich erwarte von Ihnen heute Aussagen darüber, ob Sie dieses angemeldete Projekt – nicht irgendein Projekt – für durchführbar halten und wann Sie die Entscheidung treffen, es durchzuführen bzw. nicht durchzuführen. Es geht nicht um eine Gartenausstellung, sondern um diese.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Die Ministerin wünscht, wieder direkt zu antworten. Bitte schön.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Vielen Dank. Sehr geehrter Abgeordneter, das Kabinett wird vor der Sommerpause eine Entscheidung darüber fassen.

(Michael Hübner [SPD]: Vor dem 30.6.?)

– Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass wir am 3. Juli mit der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft zusammensitzen und wir sehr intensiv daran arbeiten, die Zeitabläufe zu ordnen.

(Michael Hübner [SPD]: Dann nehmen Sie den 30. Juni ja auch nicht allzu ernst!)

– Die Frist „30. Juni“, Herr Abgeordneter Hübner, ist eine Vereinbarung zwischen Regionalverband Ruhr und der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft. Und deswegen weise ich noch einmal ausdrücklich darauf hin: Es gibt Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb einer Landesregierung, es gibt aber auch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf kommunaler Ebene.

(Michael Hübner [SPD]: Ja!)

So wie der Rat der Stadt Duisburg richtigerweise – wie alle anderen – einen Vorbehalt im Hinblick auf die Finanzierbarkeit des städtischen Haushalts erklärt hat, müssen diese Räte jetzt auch für sich prüfen, ob das, was dort beantragt ist, in den Haushalten der nächsten Jahre tragfähig ist. Diesen Beschluss kann ich ihnen nicht abnehmen.

(Michael Hübner [SPD]: Ja, das kann ich für die Stadt Duisburg auch nicht tun!)

Und das erfordert eben auch, dass man sich in den Räten damit auseinandersetzt, ob dies das Projekt ist, das man haben will. Dazu gehört auch – das sage ich sehr ausdrücklich –, sich die Frage zu stellen, ob man bereit ist, für diese Mittel auf andere Mittel im Zusammenhang mit Städtebauförderung zu verzichten bzw. nach hinten zu verschieben. Das ist eine Entscheidung, die Sie treffen müssen; denn immerhin sind Sie die Antragsteller für Städtebauförderung.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist das Schwarzer-Peter-Spiel, Frau Ministerin!)

– Nein, das ist es nicht, Herr Mostofizadeh, und das wissen Sie ganz genau. Sie wissen ganz genau, dass es nicht der Fall ist.

(Michael Hübner [SPD]: Natürlich ist es das Schwarzer-Peter-Spiel!)

Sie nutzen die Möglichkeit, dass Beschlüsse innerhalb der Ruhrfamilie nicht umgesetzt worden sind. Ich klage nicht die Städte an – das sage ich ausdrücklich –;

(Michael Hübner [SPD]: Das ist nicht richtig!)

denn diese schauen sehr genau darauf, was kommt.

(Michael Hübner [SPD]: Von wem denn? Was meinen Sie denn damit? Wer wartet denn ganz konkret auf den RVR?)

– Es gibt viele Städte, die davon betroffen sind: Die Stadt Duisburg wartet, die Stadt Dortmund wartet. Ich habe Ihnen gerade vorgelesen, dass Ratsfraktionen in Duisburg darauf warten, wann dieses Projekt qualifiziert wird.

(Michael Hübner [SPD]: Sie erstatten eine Antwort auf meine Frage an Herrn Sören Link, Frau Kollegin!)

– Wenn Sie eine Wortmeldung haben, können Sie sich ja gleich melden, Herr Abgeordneter.

(Michael Hübner [SPD]: Ja, das mache ich gleich!)

Ich weiß, dass Sie diese Möglichkeiten jetzt nutzen und alles dafür tun, um diese Landesregierung ins Feuer zu stellen. Ich sage noch einmal: Es wird eine internationale Gartenausstellung geben, und damit greife ich auch den Wortlaut des Ministerpräsidenten an den Oberbürgermeister Baranowski auf, der dazu eingeladen hat, eine IGA im Rahmen der Ruhrkonferenz zu denken und zu diskutieren, und der auch den Oberbürgermeister dazu eingeladen hat, miteinander mit Ideen an einer Umsetzung zu wirken.

Damit Sie eine weitere Vorstellung davon haben, was in die 53 Städte und Gemeinden des Ruhrgebiets fließt, sage ich Ihnen Folgendes: Es sind Bewilligungsbescheide in Höhe von 628 Millionen € an die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet erteilt worden, die einen Eigenanteil von 90 Millionen € bewirken, der in den nächsten Jahren in den Haushalten abzubilden ist. Dazu erwarten sie jetzt noch die Eigenanteile plus die Durchführungshaushalte. Deswegen stellt sich die Frage – und auch das ist ihr Beschluss in den Räten –, ob sie ... Es gibt immer nur drei Finanzierungswege, das wissen S(s)ie.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Warum denn „Sie“? Was soll diese Frontstellung? Haben Sie keine Fraktionen in den kommunalen Räten?)

– Sehr geehrter Herr Mostofizadeh, „sie“ wird in dem Fall klein geschrieben – ich sage das ausdrücklich.

(Zuruf von der CDU: Melden Sie sich doch!)

Es gibt immer nur drei Wege zur Finanzierung eines Haushalts: Kredite aufzunehmen, Ausgaben einzusparen oder Steuern zu erhöhen. Mehr Möglichkeiten gibt es nicht. Diese Entscheidung haben in dem Fall die Räte für ihre Bürgerschaft zu treffen. Und diese Entscheidung können wir ihnen nicht abnehmen.

(Frank Boss [CDU]: Kommunale Selbstverwaltung! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die im Ruhrgebiet sind also alle zu blöd? – Frank Boss [CDU]: Sie skandalisieren die ganze Zeit! Sie können gar nicht sachlich einsteigen; das ist das Problem! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Und Herr Hovenjürgen war heute nicht hier, weil er die Debatte nicht ertragen kann, oder wie?)

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Jetzt hat ausschließlich Herr Kollege Rimmel das Wort. Dass Ihre Zwischenrufe im Protokoll auftauchen, ist nur sichergestellt, wenn Sie sich vorher zu Wort melden, damit wir das auch Ihrem Namen zuordnen können.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Ministerin, ich will das noch einmal aus meiner Sicht zusammenfassen: Alles, was Sie vorgetragen haben, ist ja nicht neu, sondern war auch vor zwei Jahren schon bekannt. Es war bekannt, dass es einen Widerspruch zwischen dem Grundkonzept einer internationalen Gartenausstellung und den eher städtebaulich-, dekadent- und projektorientierten Beschlusslagen im Ruhrgebiet gibt. Meines Erachtens wäre es Aufgabe der Landesregierung gewesen, bis heute – also bis Mitte des Jahres – diesen Wertungswiderspruch zu klären. Dass es ihn gibt, will ich gar nicht bestreiten, aber das, was Sie heute hier präsentiert haben, würde ich als ein Am-langen-Arm-verhungern-lassen interpretieren – nicht anders kann ich das deuten.

Möglicherweise sind Sie ein Stück weit befangen. Sie haben den Brief des Ministerpräsidenten zitiert. Der Ministerpräsident selbst hat aber über den Brief hinaus auf der Veranstaltung Politisches Forum Ruhr von einem Dekadenprojekt IGA gesprochen;

und zwar in Form eines Beispiels neben einem Mobilitätskonzept, das er gedenkt, vonseiten der Landesregierung zu unterstützen.

Sie präsentieren uns heute, dass es über das bisher schon vorhandene Geld hinaus nichts zusätzlich gibt.

(Michael Hübner [SPD]: Das wird abgezogen!)

Das geht schlicht nicht zusammen. Auch wenn Sie die Kostenstruktur der IGA, wie sie vom RVR geplant und uns vom Staatssekretär in der letzten Sitzung präsentiert worden ist, halbieren, brauchen Sie immer noch zusätzliches Geld. Deshalb drängen wir ja auch so darauf. Wenn man es entweder als Gartenausstellung konzentriert oder als Dekadenprojekt gestalten will, braucht man eine zusätzliche Finanzierung durch das Land. Dabei ist der Haushaltsgesetzgeber gefragt. Sie als Landesregierung hätten sich rechtzeitig an den Haushaltsgesetzgeber wenden müssen, um für zusätzliche Mittel in der ...

(Zurufe – Frank Boss [CDU]: Das ist auch falsch!)

– Man kann doch nicht sagen: Wasch mich, aber mach mich nicht nass! – Das kostet zusätzliches Geld. Keine Kommune wird auf ihre städtebaulichen Planungen verzichten, wenn es denn eine konzentrierte Ausstellung an einem Ort, an einer Stelle gibt. Duisburg wird nicht Dortmund finanzieren – das ist doch völlig klar. An dem städtebaulichen Dekadenprojekt „grünes Ruhrgebiet“ würden sich wahrscheinlich viele beteiligen, aber auch da wäre es erforderlich, zusätzliches Geld vom Haushaltsgesetzgeber zu erbitten. Sie haben eben dargestellt, was noch alles zusätzlich zu erwarten ist: Gartenausstellung, EM usw. Es ist doch Aufgabe der Landesregierung, in diese Projekte eine Struktur zu bringen und nicht ...

(Ministerin Ina Scharrenbach [MHKBG]: Wir sind doch gerade dabei!)

– Ja, Sie sind dabei, aber Sie wissen seit einem Jahr, dass eine Grundsatzentscheidung nötig ist. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie zusammen mit den Ruhrgebietskommunen innerhalb von 14 Tagen eine solche Grundsatzentscheidung treffen können.

Um diese Lücke sind Sie herumgetanzt. Sie haben auf den Termin am 3. Juli verwiesen, aber Sie haben nicht erklärt, ob die Bundesgesellschaft bereit ist, möglicherweise noch zwei Monate ins Land gehen zu lassen. Es ist wichtig zu wissen, ob das Fallbeil nach dem 3. Juli fällt, oder ob es einen weiteren Diskurs- und Beteiligungsprozess gibt, der im Übrigen auch parlamentarisch die Möglichkeit eröffnen würde, mit den Oberbürgermeistern und mit dem RVR die Arbeit zu erledigen, die Sie bisher nicht erledigt haben. Wir befürchten, dass das letztlich beim Parlament gemacht werden muss.

Ich will auf einen Umstand hinweisen, warum diese Fristsetzungen unheimlich wichtig sind. 2027 hört sich weit weg an, aber wenn die Vorstellungen, die derzeit immer noch Konzeptstand des RVR sind, umgesetzt werden sollen, ist eine Reihe von Planungsprozessen nötig. Dazu gehören auch die Bebauungspläne und Investitionsplanungen, die eigentlich, hätte man die Planungsprozesse richtig eingeschätzt, schon gestern hätten begonnen werden müssen, um rechtzeitig bis 2027 fertig zu werden. Insofern

entspricht es nicht nur der Anforderung der Bundesgartenbaugesellschaft, klarzukommen, sondern es ist auch aus dem Projekt heraus notwendig, mit Planungsarbeiten und Entscheidungen zu beginnen oder beginnen zu können. Ansonsten kann man das in der Sache selbst vergessen.

Ich möchte Sie deshalb an drei Stellen noch einmal um Präzisierung bitten. Erstens: Haben Sie erreichen können, dass der Zeitraum „Mitte des Jahres“ hinausgeschoben wird? Wird es also weitere Konsultationen zwischen Kommunen und Landesregierung geben?

Zweitens: Erklären Sie heute definitiv, dass es keine Landesgarantien geben wird? Das habe ich Ihren Ausführungen soeben entnommen: kein zusätzliches Geld und keine Landesgarantien; alles muss sich in bisher bestehenden Förderprogrammen abspielen. Das wäre dann das Aus für die IGA. Man würde dann nur noch den schwarzen Peter hin und her schieben. Ohne zusätzliches Geld wird es jedenfalls nicht gehen. Bitte erklären Sie das noch mal.

Drittens: Wie erklären Sie dem Parlament den Wertungswiderspruch zwischen der Aussage des Ministerpräsidenten beim Politischen Forum Ruhr und Ihren heute hier getätigten Ausführungen?

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Herr Remmel, Sie haben den Zeitraum vor zwei Jahren angesprochen. Sie sind der einzige der Anwesenden, der damals im Kabinett gesessen hat. Damals haben Sie im Kabinett keinen Grundsatzbeschluss gefasst und keine schriftliche Erklärung abgegeben, dass Sie das Projekt unterstützen.

(Bernhard Hoppe-Biermeyer [CDU]: Warum eigentlich nicht? – Johannes Remmel [GRÜNE]: Weil es genau dasselbe Problem damals schon gab!)

Nun stellt sich die Frage, was sich zwischen dem 5. Juli 2016 und dem Mai 2017 aus Ihren Aktivitäten ergeben hat? – Sehen Sie: Auch nichts.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Doch! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Doch ein Schwarzer-Peter-Spiel!)

Wir arbeiten seit dem 31. August 2017 an der Qualifizierung dieser Tragfähigkeiten. Und wir arbeiten – und ich bin sehr optimistisch, dass wir das zwischen den beiden Häusern hinbekommen – an der Durchführung einer IGA im Ruhrgebiet. Wir tun das, und wir werden vor der Sommerpause dazu einen Kabinettsbeschluss fassen.

(Michael Hübner [SPD]: Gut!)

Zu dem Zusatzgeld spricht nun direkt Frau Bohle.

**MDgt Anne Katrin Bohle (MHKBG):** Meine Damen und Herren Abgeordnete, deswegen habe ich mir den Hinweis auch auf andere, ähnlich herausragende Formate erlaubt. Wir hatten für keine REGIONALE im Bereich der Städtebauförderung Extrageld, sondern das Ganze basiert auf einem solidarischen Grundgedanken. Zum einen ist dieser Gedanke innerhalb der Region verortet. Zum Beispiel hatten im Raum

Köln/Bonn etwa 40 Kommunen kein Projekt in ihrer Stadt und haben mit ihren Vorstellungen zurückgestanden, um die jeweilige Gesamtregion in der Strukturförderung nach vorne zu bringen.

Zum anderen gibt es diesen Grundgedanken innerhalb des Bundeslandes. Es besteht eine Solidarität für die jeweilige Region, die in diesem Zeitraum prioritär aus den Förderprogrammen der gesamten Landesregierung bedient worden ist. Und das gleicht sich schlicht und ergreifend über die Jahre aus. Auch wenn es im Wettbewerb geschehen ist, wird man natürlich nicht verhehlen können, dass alle Landesteile von Nordrhein-Westfalen mittlerweile Gegenstand einer REGIONALEN waren. Wir sind in der Neuauflage. Südwestfalen ist zwar bald schon wieder dran, aber das liegt auch an der Qualität der jeweiligen Bewerbungen. Dort war die Qualitätsdichte hoch. Ähnlich ist es bei anderen Sonderformaten. Zum Beispiel bestanden in diesem Kontext bei der Kulturhauptstadt andere Möglichkeiten.

Natürlich sehen wir im Zusammenhang mit einer IGA Ruhrgebiet – meine Ministerin wird mir gestatten, das zu sagen – aus städtebaulich-fachlicher Sicht ungeheure Chancen; gerade im Hinblick auf die Dinge, die in der Region dringend gebraucht werden: Wegebeziehungen, Nahmobilität. Aber das würde eben auch bedingen, dass man die städtebaulichen Belange, die man in diesem Bereich plant, so konfiguriert, dass sie städtebauliche Vorteile haben. Aber dann muss man eben andere Dinge, die zum Beispiel auch städtebaulich sinnvoll sind, zumindest schieben; gegebenenfalls sogar weit schieben. Denn wir werden dafür – genau wie bei anderen Formaten – zumindest nach jetziger Lesart nicht mehr Geld im Haushalt zur Verfügung haben. Verschiebungen sind nicht auszuschließen; denn von dieser Region profitieren natürlich auch andere – so zum Beispiel auch die prosperierende Region Ruhrgebiet. Das ist nicht nur Zielsetzung reiner Konferenzen, sondern konkreter Vereinbarungen. Im Rahmen der Ruhrgebietskonferenzen wird es sicherlich positive Auswirkungen auf das Land haben.

Zumindest in der Städtebauförderung habe ich es untereinander noch nicht erlebt. Und es ist tagtägliches Geschäft; denn im Schnitt sind wir in der Städtebauförderung fünf-fach überzeichnet. Und das bedeutet einen Verzicht, gegenseitiges Nehmen und Geben untereinander und Priorisierung. Wenn die Dinge übereinander passen, ist es sicherlich überhaupt kein Thema, eine wichtige städtebaulich Frage, die man ohnehin gerne geklärt hat, auch unter IGA-Gesichtspunkte zu packen. Aber es wäre unehrlich, wenn ich in der Planung zu meinen 53 Kommunen gehen würde und sagen würde: Sie können neben Ihren städtebaulichen Programmen und Projekten, die Sie haben, ein Add-on planen.

Und da sind Bereiche drin – abgesehen davon, dass die förderrechtlich eine Menge an Kreativität brauchen –, die auch in der Einschätzung der Erstplanung sehr ehrlich kalkuliert sind. Dazu gehören zum Beispiel Grünzüge im Norden von Dortmund oder die Renaturierung von Nordstern. Da sagen die Kollegen aus den Städten und des RVR ganz ehrlich: Das werden alleine im Zukunftsgarten Emscher Nord 50 Millionen € an Gesamtkosten – ein Förderbedarf von 40 Millionen €. Und weil sie so gut und so richtig unterwegs sind – wir arbeiten auch schon lange mit dem RVR – steht da unter möglichem Förderzugang „noch keine Zuordnung“. Bei den anderen 20, 30, 40, 50 steht ja oft „Städtebauförderung“.

Für den Zukunftsgarten Nordsternpark: Gesamtvolumen 19,16 Millionen €, Förderbedarf von 15 Millionen €. Und für den Duisburger Rheinpark, den ich mir städtebaulich übrigens auch hervorragend vorstellen kann und den die Duisburger mit Sicherheit auf dem Schirm haben für Hochfeld, einem Stadtteil in dem Sie und alle schon seit 20 Jahren unterwegs sind und gutes Geld investieren – immer wieder übrigens gutes Geld investieren müssen, weil solche Stadtteile eine Städtezuwendung benötigen –, rede ich über 22,61 Millionen € mit einem Förderbedarf von 18 Millionen € in diesem Zeitraum.

Und das einfach in Verbindung mit zu bringen ... Es sind nur drei große Projekte, und nur in drei Städten. Wenn ich mir da alleine angucke, dann möchte ich – ehrlich gesagt, beneide ich die Kollegen in den Kommunen nicht –, ich sag mal, in Gelsenkirchen fünf, sechs, sieben, acht andere Fördergebiete, die sie entwickelt haben, wo man weitermachen muss und wo es auch Planung gibt.

Wenn ich als Kämmerer am Ende des Tages dastehe und frage: „Was mache ich jetzt?“, dann muss ich, glaube ich, Beraterisch-preußisch – und gestatten Sie das einer preußischen Beamten – wirklich auch sagen: Nach dem jetzigen Stand der Dinge, nach Koalitionsvereinbarung und nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben wir in der Städtebauförderung eine beabsichtigt gesicherte Co-Finanzierung der Bundesmittel.

Gehe ich jetzt mal davon aus, dass die Bundesmittel in der Höhe fließen werden, wie sie in den vergangenen Jahren geflossen sind – erfreulich hoch –, lande ich für das Ruhrgebiet bei praeter propter 80 Millionen € und habe jetzt schon eine Planung in der Absichtserklärung, die deutlich über das Volumen hinausgeht.

Und ich habe jetzt hier nur drei Großprojekte rausgenommen, die in der städtebaulichen Planung der Kommunen partiell – aber nur in kleinen Bereichen – bereits vorhanden sind, die wir ebenfalls für gut und richtig halten, wo es schon eine Notwendigkeit in der Kommune geben wird: Mache ich eher das und schiebe etwas anderes?

Dortmund zum Beispiel hat ganz klar gesagt, dass ihnen bestimmte Teilbereiche dieser auch in die IGA passenden Planungen so wichtig sind, dass Sie andere Segmente in ihrer Stadtentwicklung gegebenenfalls hintenanstellen würden. Das kann ich als Stadtplanerin vollkommen nachvollziehen. Aber auch da herrscht ganz klar das Bewusstsein vor: Ich muss es im Rahmen meines Budgets machen. – Und das habe ich in den letzten fünf Jahren nicht erlebt. Es ist zu keinem Zeitpunkt signalisiert worden – Herr Staatsminister, korrigieren Sie mich –, dass es für diese Veranstaltung zum Beispiel im Segment der Stadtentwicklung und Städtebauförderung gesichert Extrageld geben wird.

Und das einzige, was ich hier tue, ist, zu sagen: Ich gehe von bestehenden Verhältnissen aus, und ich erlaube mir, meine Kommunen nach dem Stand der Dinge zu beraten – gerade für eine Region, die es in besonderer Weise bedarf, damit die wirtschaftliche Entwicklung unseres gesamten Landes durch sie befördert und nicht gehemmt wird.

**Michael Hübner (SPD):** Frau Bohle, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Ich muss meinem Vorredner schon Recht geben: Alles was ich von Ihnen höre, sind Verhinderungswolken, damit auf keinen Fall die Idee der IGA im Ruhrgebiet weiter verfolgt werden sollte. Auch die Hinweise darauf, Frau Ministerin, dass sich 27 Städte in Haushaltsanierungsplänen befinden, haben wir in der letzten Sitzung schon gehört. Ich weise Sie

noch einmal darauf hin – Sie werden sich dem Thema ja auch angenähert haben –, dass 2022 die Haushaltsanierungspläne in der Regel ausgelaufen sein sollten. Als zuständiges Kommunalministerium sollten Sie darauf achten, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden entsprechend wiederhergestellt wird.

Zu den Ausführungen von Frau Bohle noch einmal der Hinweis: Diese Abwägung nimmt jeder Rat jedes Jahr in der mittelfristigen Finanzplanung vor. Die Entscheidung, ob sie in Gelsenkirchen – machen wir mal mit Gelsenkirchener Beispielen weiter – die Horsterstraße in Bauabschnitt sieben weiterbauen oder ob sie sich ein anderes Projekt vornehmen, ist natürlich Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Das ist doch überhaupt nicht zu hinterfragen. Das hat mit Städtebauförderungsmitteln an der Horsterstraße nur bedingt etwas zu tun, zumal da auch andere Mittel fließen und die Straße als Landstraße auch eine überregionale Bedeutung hat. Das ist ausdrücklich nichts Besonderes, hinter dem Sie sich hier verstecken könnten.

Der Regionalverband Ruhr hat ein Dokument im Umfang von 150 Seiten verfasst. Ich hoffe, dass das mittlerweile bei Ihnen angekommen ist. Ihren Ausführungen entnehme ich, dass es seit Dezember in keiner Abwägung eine Rolle gespielt hat, in irgendwelche Gespräche mit dem RVR darüber einzutreten, welche Projekte aus Sicht der Landesregierung für richtig oder schlecht befunden worden sind. Ich finde schon sehr merkwürdig, wenn Sie in öffentlicher Sitzung einzelne Projekte bewerten und in Abrede stellen, dass diese in sinnvoller Art und Weise in das Konzept „Internationale Gartenbauausstellung“ eingepasst werden können. Das finde ich schon sehr bemerkenswert; denn in einer ordentlichen preußischen Verwaltung – so haben Sie es gerade genannt – hätte es dazugehört, die Gespräche mit den Kollegen, die auch hier anwesend sind, aufzunehmen und darzulegen, welche Vor- bzw. Nachteile man in welchen bestimmten Projekten sieht. Das tun Sie aber nicht. Sie desavouieren und machen das Projekt damit in der Realisierung unmöglich.

Sie haben mehr oder weniger deutlich gesagt: Die 80 Millionen € stehen grundsätzlich zur Verfügung; die haben wir schon letztlich verplant; und wenn das Ruhrgebiet irgendwas anderes macht, dann müssen andere Projekte dahinter zurückstehen. – Sie haben gesagt, dass es zusätzliche Unterstützung nicht gibt. Das ist so ähnlich wie bei den REGIONALEN. In der Hinsicht haben beispielsweise im Westmünsterland zuletzt auch Kommunen ein bisschen zurückgestanden, und dort ist es sehr solidarisch abgestimmt worden. Sie treiben den Unfrieden in die kommunale Familie. Das will ich Ihnen mal ganz deutlich sagen.

(Frank Boss [CDU]: Das ist das, was ich kritisiere!)

Sie wollen keine Zusammenarbeit im Ruhrgebiet, sondern sie wollen kommunalen Unfrieden zwischen den Städten und Gemeinden. Sämtliche Ihrer Ausführungen ... Die betreffenden Bürgermeister werden aber nicht konkreter benannt, sondern es wird darauf hingewiesen, dass es in Duisburg eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an den Oberbürgermeister gibt, die er noch nicht beantwortet hat. Ich dachte, jetzt käme eigentlich eine Vorstellung davon, wie Sören Link diese beantworten sollte. Das kam aber nicht. Das deutet darauf hin, dass Sie nicht bereit sind, die Städte zu benennen.



Frau Ministerin, acht Mitgliedskommunen des RVR haben entsprechende Resolutionen gefasst, die darauf basieren – und das erwarte ich auch in der Vorbereitung einer Sondersitzung –, dass der RVR am 8. Dezember beschlossen hat, dass ein unterstützender Letter of Intent der Landesregierung Voraussetzung für eine weitergehende Beschlussfassung der kommunalen Räte und der RVR-Gremien ist.

Sie haben heute die Möglichkeit, zu erklären, ob es einen Letter of Intent zu dem Projektpapier – 150 Seiten – geben wird. Das können Sie heute hier erklären. Sie brauchen das nicht am 4. Juli 2018 gemeinsam mit der Agentur, die die Internationale Gartenbauausstellung plant, tun, sondern das können Sie heute hier erklären. Ansonsten können wir uns auch mal weitere parlamentarische Schritte vorbehalten, ob Sie das entsprechend tun werden. Ein Ja oder Nein genügt dazu. Machen Sie einen Letter auf Intent zu dem Papier des RVR in der Größenordnung, in der das zuletzt im RVR diskutiert worden ist.

(Frank Boss [CDU]: PUA IGA!)

Falls es da Probleme gibt, verweise ich noch einmal auf den Chef der Verbandsversammlung Josef Hovenjürgen. Herr Mostofizadeh hat schon darauf hingewiesen. Herr Hovenjürgen sollte vielleicht das einfache Gespräch mit Ihnen suchen; denn er müsste die Beschlussfassung vom 8. Dezember noch sehr präsent haben. Die genannten Finanzierungsvorbehalte sind Ihnen in einem entsprechenden Projekt- und Finanzplan vorgelegt worden – übrigens allen beteiligten Häusern; auch dem Wirtschaftsministerium, Ihrem Ministerium und dem Umweltministerium. Sie können aber auch gerne sagen, dass das erst seit April vorhanden ist, das glaube ich, ehrlich gesagt, aber nicht.

Eines würde mich noch konkret interessieren – zumal die Kollegen vom RVR schon dieser Sitzung beiwohnen, die Landesregierung aber nicht bereit ist, irgendwas Positives zu den Vorarbeiten im Ruhrgebiet zu sagen –: Teilt die Landesregierung die Auffassung der regierungstragenden Fraktionen, dass den Kollegen vom RVR hier kein Rederecht erteilt werden soll?

**Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU):** Frau Ministerin, Frau Bohle, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken für die sehr detaillierte, sehr ehrliche und auch deutliche Darstellung der Sachverhalte.

(Beifall von Frank Boss [CDU])

Die Reaktionen der Opposition zeigen, dass das notwendig war. Das war ihnen anscheinend nicht alles klar.

(Michael Hübner [SPD]: Wissen das Ihre Kollegen vor Ort? – Frank Boss [CDU]: Jetzt hören Sie doch bitte auf, Herr Hübner! Wir haben doch auch zugehört! – Michael Hübner [SPD]: Das wissen die!)

– Die wissen sogar zu schätzen, wie hier argumentiert wird, weil wir ehrlich mit den Kommunen umgehen. Es geht hier nämlich auch um Fairness, um ein faires Miteinander, und deshalb ist das eine oder andere deutliche Wort – zumindest an Sie gerichtet – erforderlich; denn genau weil wir wissen, wo den Kommunen der Schuh drückt

und wo es Probleme gibt, muss man den Kommunen zuhören und mit ihnen sprechen und auf deren Probleme eingehen. Genau das tun wir.

(Michael Hübner [SPD]: Bei der IGA?)

Und das haben auch die Frau Ministerin und Frau Bohle getan, indem Dinge deutlich angesprochen worden sind.

Irgendjemand von Ihnen hat das Bild vom Fußball genutzt. Das trifft durchaus zu, aber anders als Sie es dargestellt haben, geht der Ball hin und her, und er liegt eben im Moment nicht beim Ministerium, sondern er liegt auch beim RVR.

Sie haben auch Hausaufgaben angesprochen. Die Landesregierung macht ihre Hausaufgaben ganz hervorragend – und das mindestens seit dem 31. August 2017; seitdem ist man im Gespräch. Insofern kann man auch nicht davon reden, dass hier ein schwarzer Peter hin und her geschoben wird. Das ist nicht so. Hier wird sachlich gute Arbeit geleistet.

Die Ministerien sprechen miteinander, bereiten einen Kabinettsbeschluss vor und sind auf die Resolutionen angesprochen worden. Frau Ministerin hat aber soeben schon sehr deutlich darauf hingewiesen, dass die Resolutionen natürlich angekommen sind, dass es aber aus Sicht der Landesregierung auch wichtig gewesen wäre, dass dieser eine Satz im Hinblick auf die finanziellen Vorbehalte mitberücksichtigt wird.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Insgesamt denke ich – und das sollten Sie aus dieser Diskussion lernen –, dass man eine IGA nicht isoliert betrachten kann. Genau das tun Sie aber. Im Grunde genommen wollen Sie einen Freifahrtschein für das Schulden machen, das können Sie aber nicht erwarten.

(Michael Hübner [SPD]: Gut, dass wir ein Wortprotokoll kriegen! –  
Frank Boss [CDU]: In der Tat!)

Das ist das, was Sie der Landesregierung abfordern.

Wichtig ist auch Folgendes – das haben Sie unter den Tisch fallen lassen –: Die Landesregierung hat soeben deutlich die Chancen angesprochen, die eine IGA mit sich bringen würde. Das verlieren Sie aber völlig aus dem Blick. Sie reden im Grunde nur alles schlecht.

**Stephen Paul (FDP):** Ich habe schon eingangs zur Begründung unserer Meinung gesagt, dass man zunächst mal auch im Ruhrgebiet selbst klären muss, ob man sich tatsächlich finanziell dazu in der Lage sieht, eine solche Internationale Gartenbauausstellung durchzuführen und die finanziellen Eigenanteile – Frau Ministerin hat das deutlich gemacht – bei der Förderung bzw. beim Durchführungshaushalt zu erbringen. Für mich verstärkt sich im Laufe der Sitzung der Eindruck, dass das zunächst geklärt werden muss.

Es geht Ihnen darum, etwas, was in der Region offenbar noch nicht zufriedenstellend geklärt werden konnte, auf Landesebene bei der Landesregierung abzuladen. Schon eine oberflächliche Recherche Ihrer öffentlichen Stellungnahmen, lieber Kollege Hübner, macht deutlich, dass eine Geschichte geschrieben werden soll, die da lautet: Die

SPD will sich jetzt wieder ums Ruhrgebiet kümmern, während der NRW-Koalition und der Landesregierung das Ruhrgebiet egal ist. – Ich könnte Sie fast wörtlich aus verschiedenen Stellungnahmen zitieren. Zum Beispiel ging es im April um eine politische Entscheidung im Hinblick auf den Straßenbau: Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, dass der Landesregierung das Ruhrgebiet egal ist.

(Michael Hübner [SPD]: Ja!)

Es ist mutig, das so polemisch in den Raum zu stellen. Die Chuzpe, zu behaupten, einer von einer Mehrheit von Wählerinnen und Wählern getragenen Landesregierung sei ein so zentraler und wichtiger Landesteil egal, muss man erst einmal haben – insbesondere wenn man gerade abgewählt worden ist und die Mehrheit der Bevölkerung verloren hat.

In diesem Lichte nehme ich und nimmt unsere Fraktion diese Sondersitzung und diese Aussprache wahr. Es handelt sich um verzweifelte Bemühungen seitens der SPD und vielleicht auch seitens der Grünen, sich wieder an die Menschen ranzuwanzen, indem sie versuchen, etwas zu Skandalisieren, was in der Sache offenbar nicht standhält.

Ministerin Scharrenbach hat deutlich gemacht, welche Herausforderungen bestehen. Es muss noch geklärt werden, welchen Charakter diese Gartenausstellung eigentlich haben soll, und auch die finanziellen Fragen müssen geklärt werden. Dass die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien sehr offen sind und eine Internationale Gartenausstellung im Ruhrgebiet befürworten, macht schon deutlich, dass eine gemeinsame Federführung beider auch finanziell entscheidender Häuser besteht. Das ist ein ganz starker, wichtiger Schritt, den ich noch einmal unterstreichen möchte.

Frau Bohle, Sie haben so schön gesagt, vom Wohl und Wehe des Ruhrgebiets profitiere das ganze Land. Unser Ausschuss behandelt ja auch das Thema „kommunales“. Wären das Ruhrgebiet und seine Kommunen mit einer solchen Internationalen Gartenbauausstellung überfordert, dann träfe das auch landesweit die ganze kommunale Familie. Deswegen ist es gut, dass wir so besonderen Wert darauf legen – insbesondere unsere Kommunal- und Bauministerin –, zu klären, ob die Region Ruhrgebiet sich tatsächlich in der Lage sieht, diese Aufgabe zu stemmen.

Wir jedenfalls sind gegenüber der Internationalen Gartenbauausstellung sehr positiv eingestellt. Wir befürworten das und möchten es landesseits gerne ermöglichen. Allerdings handelt es sich auch um eine Exzellenzveranstaltung – Frau Bohle, Sie haben das so schön gesagt – mit ganz hohem Qualitätsanspruch, und diese muss gut vorbereitet werden. Wir warten also gespannt auf die weitere Meinungsbildung im Ruhrgebiet selbst.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Es handelt sich um die Wünsche-dir-was-Koalition: Ich wünsche mir einen Gartenbauausstellung, aber ich will nicht das Geld auf den Tisch legen und ich kann auch nichts dazu beitragen.

(Stephen Paul [FDP]: Ich habe gerade das Gegenteil gesagt!)

Herr Paul, Ihre Wortwahl – sich an Menschen ranzuwanzen – müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Aber um die Beantwortung folgender Frage drücken Sie sich, und darum drückt sich auch die Landesregierung.

Wir haben von Frau Bohle und auch von Frau Scharrenbach etwas über die Differenz gehört – wie ich finde sehr offen; da würde ich das teilen, was Herr Hoppe-Biermeyer gesagt hat – zwischen dem RVR-Konzept und dem, was die Landesregierung zu akzeptieren bereit ist; zumindest wenn ich das richtig zusammenrechne. Sie haben, wenn ich das richtig im Kopf habe, vorgerechnet, dass wir rund 200 Millionen € im Investitionsbereich brauchen. Das entspricht auch dem, was nach meinem Kenntnisstand die Machbarkeitsstudie des RVR berechnet hat. Davon sind maximal 80 Millionen € durch Städtebaufördermittel darstellbar. Dann fehlen 90 Millionen € bei den Durchführungskosten, die ausschließlich von den Kommunen zu tragen sind. Und da geht auch die Machbarkeitsstudie von maximal 50 Millionen € Einnahmen aus Besucherentgelten aus.

Wenn ich es richtig interpretiere – Sie können es klarstellen, aber auf die Summe kommt es auch schon gar nicht mehr an –, sind Sie mindestens skeptisch, dass das alles machbar ist, weil es in anderen Städten unterschiedliche Erfahrungen mit Teilnahmeentgelten gibt.

Das zusammengerechnet reden wir über eine Finanzierungslücke zwischen 130 und 180 Millionen €. Also reden wir doch heute über mindestens zwei IGAs. Herr Paul, Sie haben uns völlig falsch verstanden. Das meine ich mit dem Schwarzer-Peter-Spiel. Wir reden heute über die Frage, ob das, was der RVR vorgelegt hat, von der Landesregierung finanzierbar ist. Und nach dem, was Sie bisher vorgetragen haben, kann die Antwort nur Nein heißen.

Der Kollege Rimmel hat es soeben sehr präzise gefragt – Sie haben wieder nicht darauf geantwortet –: Sind Sie bereit, für dieses Konzept zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen, um die in der Machbarkeitsstudie angenommenen Ausführungen zu finanzieren? Alles, was ich heute verstanden habe war – das war auch nicht sehr schwer zu verstehen; jeder hier im Raum hat das sicherlich genauso verstanden –, dass dazwischen Welten, dreistellige Millionenbeträge liegen. Sie drücken sich davor, dazu eine klare Aussage zu machen.

Wir wünschen uns das nicht; und da unterscheiden wir uns möglicherweise auch an der einen oder anderen Stelle von der SPD. Aber wir unterscheiden uns eben auch von Ihnen; denn Sie sagen: Wir sind für IGA, sind aber nicht bereit, sie zu finanzieren. – Wir wollen wissen: Ist das, was auf dem Tisch liegt, bis Mitte des Jahres finanzierbar und durchführbar? – Vor dieser Entscheidung drücken Sie sich. Diesen Punkt haben wir heute durchaus herausgearbeitet, und genau das hat uns in der letzten Woche alarmiert

Herr Paul, Sie legen ein onkelhaftes Verhalten an den Tag – wie auch Frau Scharrenbach – nach dem Motto: „Ihr müsst doch im Ruhrgebiet mal gucken – kein Freifahrtsschein zum Schulden machen“. Einverstanden, aber dann machen Sie auch den Rücken gerade und sagen Sie: Dieses Konzept ist mit der FDP und der CDU Nordrhein-Westfalen nicht machbar. – Davor drücken Sie sich.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Sehr geehrter Abgeordneter, noch einmal zu dem Thema „zusätzliche Landesmittel“. Sie sind Haushälter und wissen Folgendes: Der Bund und das Land finanzieren Städtebaufördermittel. Wenn Sie jetzt sagen: „Stellen Sie zusätzliche Landesmittel als Eigenmittel des Landes zur Verfügung“ – das ist ja Ihr Petition – ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein das ist nicht mein Petition, das ist meine Frage!)

– Doch. Sie fragen ja – auch wenn diese Frage dann eigentlich an die Fraktionen gerichtet werden müsste –: Warum beantragen Sie nicht zusätzliche Landesmittel? – Wir befinden uns im Jahr 2018. Wir sprechen über einen Weg, der mindestens auch über zehn Jahre eingesetzte Bundeshaushaltsmittel in den Blick nehmen muss. Deshalb sage ich in aller Ausdrücklichkeit und Offenheit: Das ist alles vorbehaltlich dessen, was der Bund in der Zukunft im Rahmen der Städtebauförderung tut. Auch das erkennen Sie nicht an. Das wissen wir ja, das haben wir ja verstanden. Im Grunde genommen ist es Ihnen auch egal, woher das Geld kommt – auch das habe ich verstanden. Und wenn es über die Grundsteuern kommt von den Bürgern, ist es Ihnen auch egal. Das habe ich alles verstanden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Unverschämt!)

Das Land kofinanziert Bundesmittel in der Städtebauförderung. Wir verstärken diese Bundesmittel, und wir haben im Rahmen der bisherigen Auskehrungen an die Städte des Ruhrgebiets – ich habe die Zahl gerade genannt – mit 265 Millionen € in den letzten ergangenen Förderbescheiden den überwiegenden Teil der Fördermittel getragen. Auch da mögen Sie sagen, das sei alles nicht relevant.

Kommen wir auf das Konzept. Ich sage noch einmal: Selbst Ihr rot-grünes Kabinett hat empfohlen, es zu ändern und abzuspecken. Das war nicht ohne Grund; denn auch Ihr Kabinett aus SPD und Grünen konnte jeden Euro für die Städtebauförderung nur einmal ausgeben – und das wissen Sie auch. Dass Sie hier genau das Gegenteil behaupten, obwohl Sie das selbst wissen, das könnte ich mit einem Adjektiv belegen, aber das spare ich mir, weil ich Mitglied der Landesregierung bin.

Zum Projekt- und Finanzplan. Wir haben zwei Pläne zugeschickt bekommen, nicht drei. Für die dritte Ebene „Dein Garten“ ist uns bis heute kein Kosten- und Finanzplan vorgelegt worden. Bekommen haben wir eine Vorstellung für die Zukunftsgärten – eintrittspflichtig/eintrittsfrei. Innerhalb der letzten zwei Jahre – und zwar auch schon in der Zeit, in der Sie noch in der Regierung waren – sind die ursprünglich angenommenen Besucherzahlen von 5,5 Millionen Besuchern auf 2,6 Millionen Besucher reduziert worden. Wenn Sie das mit 13 € multiplizieren, wissen Sie, welche Einnahmen schon heute nicht mehr erwartet werden. Keine der BUGAs und IAGs der letzten Jahre hat 2,6 Millionen Besucher erreicht. Auch dahin gehend besteht also eine Unwägbarkeit in der Finanzierung.

Ich sage Ihnen das sehr deutlich, weil es offensichtlich sonst nicht nachvollzogen wird: Ihre Haushalte müssen das am Ende tragen, ihre Bürgerinnen und Bürger. Wir stellen Städtebaufördermittel, Bund und Land.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Welche „ihre“?)

– Alles klein geschrieben: ihre und unsere.

Wir stellen Landesmittel, Bundesmittel ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Weil Sie gerade meine persönliche Intelligenz infrage gestellt haben!)

– Ich stelle nie Ihre Intelligenz infrage. Da sind Sie völlig auf dem falschen Weg.

... und europäische Mittel – das ist das, was wir über die verschiedenen Elemente, die ich gerade genannt habe, zusichern, garantieren, vorsehen, in die Planung bringen; unter der Bedingung, dass jeder Städtebauförderereuro nur einmal ausgegeben werden kann, was für Sie nichts Neues ist, weil Sie über sieben Jahre lang Städtebauförderpolitik in Nordrhein-Westfalen betrieben haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt ist „Sie“ aber wieder groß!)

Für die dritte Ebene „Dein Garten“ wurde, wie gesagt, nichts vorgelegt, für die Ebene „Unser Garten“ wurde eine Fördererwartung brutto in Höhe von 155 Millionen € vorgelegt. Mit der Vorlage vom 27. Februar 2018 ist man bereit, runterzugehen. Dabei sollen die drei Zukunftsgärten – eintrittspflichtig/nicht eintrittspflichtig – vollständig in der ersten Variante durchgeführt werden, also mit 130 Millionen € Kosten brutto. Bei der zweiten Ebene „Unsere Gärten“ sagt man: Der RVR ist bereit, die Fördererwartung – Kosten von 155 Millionen € brutto – um 86 Millionen € abzuschmelzen.

Ich bin gespannt, ob Sie wissen, welche Projekte das betrifft. Ich bin sehr gespannt. Wir wissen es nämlich nicht. Es ist uns auch, offen gesagt, gleich; denn es kommt darauf an, ob es leistbar ist. In der Minimalvariante, die vorgelegt wurde, wird vorgeschlagen, von den Zukunftsgärten 30 Millionen € rauszunehmen – wo, ob in Dortmund, Duisburg oder Gelsenkirchen, ist unklar – und auch bei dem Projekt „Unsere Gärten“ die 86 Millionen € Einsparung vorzutragen. Das ist alles unklar. Und Sie können uns doch nicht ernsthaft sagen, dass i(l)hre Kommunen ...

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** „Ihre“ klein oder groß?

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** ... derzeit wissen, was wirklich am Ende auf diesem Deckel steht. Und ich wage noch eine hehre Annahme: Mit den Haushaltsbeschlüssen für die Kommunalhaushalte 2018, die in der Regel Ende des Jahres respektive Anfang des Jahres getroffen werden, hätte nach der Beschlussfassung des Regionalverbands Ruhr schon eine Einstellung in die mittelfristige Finanzplanung erfolgen müssen.

Und ich bezweifle – aber wir ziehen das gerne nach –, dass in den Stärkungspaktkommunen, über die wir hier reden und über die wir uns wirklich mehr als den Kopf zerbrechen – über Duisburg, Gelsenkirchen und andere –, die Erwartungshaltung, die Beschlusshaltung des Regionalverbands Ruhr in der mittelfristigen Finanzplanung drin ist. Denn dagegen hätten sie auch noch ansparen müssen, was die Beiträge zum Durchführungshaushalt anbetrifft.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann machen Sie doch den Deckel drauf! Das ist doch ungehörig, was Sie machen! Es geht alles nicht, aber wir machen es trotzdem!)

– Herr Mostofizadeh, es ist eben nicht ungehörig, weil wir genau schauen, ob wir das hinkriegen. Wir befinden uns in sehr intensiven Dialogen mit Bürgermeistern und Oberbürgermeistern. Und die kommen auch zu uns, beispielsweise die Vertreter von Em-scherland 2020, wo es um Brückenschläge geht, die im Rahmen der Nahmobilität und der Lückenschlüsse sinnvoll sind. Und darüber sprechen wir und schauen. Und jedes Mal in diesen Gesprächen – und das betone ich deswegen, weil die Bürgermeister da sehr fokussiert sind – diskutieren wir miteinander: Ist es tragfähig in der mittelfristigen Finanzplanung der Haushalte? Was bedeutet das vielleicht generell? – Frau Bohle war bei den letzten Gesprächen dabei. Es geht immer um diese Frage, und i(I)hre kommunalen Hauptverwaltungsbeamten sind da sehr fokussiert. Und das, was Sie jetzt machen – nach dem Motto: „Uns interessiert das alles nicht, ob der Kommunalhaushalt das alles trägt“ ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist unverschämt, Frau Ministerin! Natürlich interessiert mich das!)

Im Zweifel adressieren Sie uns im Herbst und sagen: Die Gemeindefinanzierungsgesetze sind nicht ausreichend. – Das tun Sie sowieso. Damit verkaufen Sie das. Und das finde ich nicht redlich, meine Damen und Herren Abgeordneten; denn wir versuchen ernsthaft, diese Internationale Gartenbauausstellung mit den in Rede stehenden Mitteln, unter Qualifizierung von Standorten, unter der Frage: „Tragen diese Einnahmeerwartungen?“ ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Verleumdung!)

– Ich verleumdete Sie nicht, darauf würde ich mich nicht einlassen, Herr Abgeordneter.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich habe 16 Jahre lang im Stadtrat von Essen gegessen! Ich muss mir nicht anhören, dass mir egal ist, was in den Stadträten an Geld ausgegeben wird!)

– Aber sehen Sie, Sie wechseln doch jetzt auch die Rolle. Sie sagen: Wie spreche ich Sie als Ministerin an? Spreche ich S(s)ie mit „Sie“ oder „sie“ an? Wen meinen Sie jetzt? Sie wechseln auch die Rolle zwischen Landtagsabgeordnetem und Ratsmitglied.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich habe hier die Opposition des Landtags zu vertreten!)

Deswegen versuche ich es noch mal abzubilden.

Herr Abgeordneter Remmel, wir befinden uns mit der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft in Gesprächen im Hinblick auf die Verschiebung dieser Frist, die allerdings – das sage ich ausdrücklich – nicht uns trifft, sondern einer Vereinbarung zwischen der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft und dem Regionalverband entspringt. Das ist auch in der Zusage enthalten, und es ist in allen Dokumenten des Regionalverbands, die dort Beschlussgegenstand sind, so formuliert. Diese Frist ist zwischen diesen beiden vereinbart. Und auf diese Frist bezieht sich das Herbeiführen kommunaler Beschlüsse – in sämtlichen Unterlagen des Regionalverbands enthalten.

Wir werden klären – und diese Frage der Fristverschiebung übernimmt gerade die Kollegin Heinen-Esser; deshalb auch dieser Termin: Wir haben schlicht und ergreifend keinen früheren gefunden als den 3. Juli –, worauf wir nach den Erfahrungen einer IGA bzw. BUGA aufpassen müssen. Was erwartet eigentlich die Bundesgartenbaugesellschaft als Erklärung der Landesregierung? Auch das noch nicht klar. Und das werden wir relativ zeitnah zu einem Austausch mit entsprechenden Ergebnissen führen. Davon gehe ich fest aus, sodass wir dann vor der Sommerpause zu einer Kabinettsbefassung kommen. Wir werden dann wieder zeitgleich die Gespräche mit den entsprechenden kommunalen Hauptverwaltungsbeamten und natürlich auch mit dem RVR führen, sobald wir ab dem 3. Juli die Ergebnisse haben.

Dann wird das Ganze qualifiziert in der Frage: Wer will wo was? Wer ist bereit? Dortmund ist angesprochen worden. Da stehen wir in sehr gutem Kontakt mit dem Oberbürgermeister im Hinblick auf die Entwicklung „Kokerei Hansa“, „Deusenberg“ und „Hoesch-Spundwand Gelände“ sowie auf den Schlag in den Stadtteil Dorstfeld, was unabhängig von einer Gartenausstellung mehr als nachvollziehbar ist. Das sage ich hier ausdrücklich.

Wir haben also einen sehr guten Arbeitsfahrplan zwischen den Ministerien, aber eben auch zwischen Landesregierung und Deutscher Bundesgartenbaugesellschaft. Und wir werden das Ganze so auf den Weg bringen, dass eine Internationale Gartenbauausstellung 2027 im Ruhrgebiet – und zwar tragfähig – stattfinden wird.

**Frank Boss (CDU):** Wenn man jetzt die ganze Zeit hier sitzt und so manche Kommentare der Opposition hört, dann fällt es einem schon schwer, hinzunehmen, wie Sie, Herr Kollege Mostofizadeh – Sie sitzen schon über 24 Jahre in einem Stadtrat und sind also kommunal geprägt –, argumentieren – wenn es denn Argumente sind. Es fällt mir schwer, Ihnen zuzuhören und dann zu versuchen, sachlich und ruhig dabei zu bleiben. Aber ich verspreche Ihnen: Ich werde mir größte Mühe geben, so wenig Polemik wie möglich einzusetzen.

Zunächst einmal an dieser Stelle an die Adresse von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Es ist schade und äußerst bedauerlich, dass Sie heute auf Ihren Antrag hin eine Riesenchance vertun, etwas auf den Weg zu bringen, was die Ministerin und auch Frau Bohle hier in – ich sage das ganz deutlich – beeindruckender Art und Weise vorgestellt haben, und dass Sie auch nicht einmal ansatzweise dazu bereit sind, diese von der Ministerin, von der Regierung hier vorgetragenen inhaltlich-substanziell dargestellten Situationen anzunehmen.

Herr Mostofizadeh hat eben mal einen kleinen Schlenker gemacht, der mir eigentlich gefallen hat. Dieser Schlenker zeigte, dass die Möglichkeit dazu ja bestünde. Er sagte dem Sinne nach: Na ja, was die Ministerin mal gesagt hat – da sind schon viele Dinge bedenklich; die muss man vielleicht auch mal sacken lassen. – So oder so ähnlich haben Sie sich ausgedrückt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein, das ist genau das Falsche!)



– Okay. Dann habe ich Sie falsch verstanden. Da nehme ich es auch zurück. Sie hören nicht zu bzw. akzeptieren nicht, dass all das, was die Ministerin mit ihrem Team und für die Regierung hier geäußert hat, beiseitegelegt wird.

Man merkt Ihnen an, dass, egal was die Ministerin sagt, egal welche Zahlen sie nennt, egal über welche Vereinbarungen die Ministerin spricht, Herr Remmel, egal, ob sie sagt, dass das eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft und dem Regionalverband ist, egal, ob es Gespräche mit den Hauptgemeindebanken gibt – ich muss das jetzt nicht alles wiedergeben; wir kriegen ja dankenswerterweise ein Wortprotokoll – ... Ich muss nicht alles wiederholen, was gesagt worden ist.

Aber ich sage Ihnen eins ganz deutlich – das ist meine tiefste Überzeugung; und ich glaube nicht nur meine, sondern auch sicherlich die meiner Kolleginnen und Kollegen –: Das, was das Ministerium und die Ministerin heute vorgestellt haben, ist an Seriosität kaum zu übertreffen. Das ist etwas, was Ihnen nicht passt, nämlich dass hier klar und deutlich durch das Ministerium aufgezeigt wird, dass Gespräche erfolgt sind und dass Verhandlungen geführt werden.

Wir haben – und das werden Sie sicherlich bestätigen können – eine Menge von Playern, wie man neudeutsch so gerne sagt, in diesem Rund. Dazu zählen, wie die Ministerin gesagt hat, der Bund, das Land – die Ministerin hat Kofinanzierung angesprochen – und die 53 Kommunen. Acht Resolutionen, 53 Kommunen – damit will ich keine der Resolutionen in Abrede stellen –: Das wird schon etwas haben.

Die Ministerin sagt: Das ist in der letzten Konsequenz auch eine solidarische Gemeinschaft zwischen Land, Bund und kommunaler Selbstverwaltung, die da zusammenstehen muss. Das ist alles gesagt worden, Sie negieren das aber. Sie gehen überhaupt nicht darauf ein, dass das so ist. Die von Frau Bohle genannten Zahlen haben Sie nicht mit einem einzigen Satz erwähnt. Sie, Herr Mostofizadeh, haben Ihre Rechnung vorgetragen, die auf den ersten Blick vielleicht mal überprüfenswert wäre. Das müssen wir schauen.

Fakt ist aber eins: Soll denn das Land sehenden Auges auf die Kommunen zugehen und sagen: „Passt mal auf, wir machen das mal“ – ich sage es jetzt etwas flapsig – „ganz nett. Wir stellen schon mal jetzt über den mittelfristigen Haushalt eine Summe X zur Verfügung, dann seid ihr schon mal klar. Guckt mal, ob ihr dann vielleicht etwas mitfinanziert oder ob ihr nicht mitfinanzieren könnt.“?

Und zum Schluss kommt dann die Abrechnung. Und dann kriegen wir defizitäre Zahlen um die Ohren gehauen. Und dann kommen Sie wieder – damit rechne ich schon heute – und werden uns bzw. der Regierung den Vorwurf machen und sagen: „Haben wir Euch nicht damals gesagt, dass ihr damit anständig umgehen müsst? Jetzt kommt ihr wieder mit Schulden und macht ...!“ und weiß der Teufel was. Genau das ist das Spiel.

An die Adresse der SPD. Wenn ich eben dem Kollegen Hübner richtig zugehört habe ... Wenn man hier als neuer Abgeordneter sitzt, ist es schon schwierig, zu erkennen, dass Sie in Fragen der Demokratie und in Fragen des Parlamentarismus nicht dazu bereit sind, die Aussagen der Regierung auch einmal ernsthaft anzunehmen und zu sagen: Damit können und wollen wir arbeiten. – Würden Sie mal für einen Moment lang diese in Stein gehauene Oppositionsarbeit etwas loslassen und sich produktiv an diesem Prozess beteiligen, hätten Sie heute Morgen bei der Sondersitzung genauso

gut sagen können: Lassen Sie uns mal gucken, Frau Ministerin, dass wir das mal auf Schiene bringen.

Herr Remmel, Sie haben, wie die Ministerin eben festgestellt hat, zu Ihrer Zeit als Minister keine Beschlüsse gefasst. Da frage ich mich die ganze Zeit schon: Warum eigentlich nicht? Warum haben Sie nicht damals schon Signale gegeben, wohin die Reise geht? Wahrscheinlich deshalb, weil Sie keine genauen Zahlen hatten und weil noch sehr viel offen war.

All das spielt eine Rolle in der jetzt hier stattfindenden politischen Auseinandersetzung. Wären Sie nur für einen kurzen Moment dazu bereit gewesen, daran mitzuarbeiten, dass dieser Landtag bzw. diese Regierung dem Ruhrgebiet dabei helfen kann, eine solche IGA auf den Weg zu bringen und es dabei zu unterstützen! All diese Dinge. Sie können von Frau Scharrenbach verlangen, dass sie noch 27 Mal sagt: Ja, wir unterstützen das Ruhrgebiet; ja, wir unterstützen die IGA. – Das hat sie schon gesagt. Durch mehrfaches Aufrufen und Hinterfragen wird das nicht besser.

Die Regierung steht zu ihrem Wort und die regierungstragenden Fraktion natürlich auch. Vertun Sie die Chance nicht! Beteiligen Sie sich mit daran! Das ist der viel bessere Weg, als eine Oppositionsarbeit zu machen, angesichts derer es mir schwer fällt, zu glauben, dass Sie nicht schon längst Ihre Pressemitteilung fertig haben.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Eigentlich ging es heute um die Frage, was die amtierende und gewählte Landesregierung bisher getan bzw. nicht getan hat und welche offenen Fragen bestehen. Ich kann Ihnen aber gerne – wir können das auch gerne in Protokollen und Vorlagen nachlesen – ...

Als Fachminister habe ich seinerzeit die Position vertreten: Eine Ausstellung ist eine Ausstellung ist eine Ausstellung ist eine Leistungsschau. Ich habe das dem Kabinett auch entsprechend vorgetragen und habe dazugesagt: Wenn man das Konzept – dazu stehe ich auch heute noch – so abgespeckt, wie vom RVR geplant, umsetzen will, bedarf es zusätzlicher Mittel, die der Landeshaushalt bereitstellen muss. Das muss man politisch wollen, und das muss man dem Parlament dann vorschlagen. Daraufhin ist dann dem RVR aufgegeben worden, sein Konzept zu überarbeiten.

Das ist der Stand, mit dem ich Mitte letzten Jahres aus dem Amt geschieden bin. Daran gibt es auch nichts zu diskutieren oder zu verheimlichen. Das ist genau so.

Klar ist aber immer gewesen: Wenn man eine Internationale Gartenbauausstellung – ob abgespeckt oder an drei Standorten – will, bedarf es zusätzlichen Geldes. Und davon kommt man auch nicht runter. Deshalb noch mal meine drei Fragen. Ich hoffe, dass ich die Antworten richtig interpretiert habe.

Erstens. Es gibt bisher keine Absprache zwischen der Deutschen Bundesgartenbau-gesellschaft, der Landesregierung und den Kommunen darüber, die gesetzte Frist bis Mitte des Jahres – ich sage mal, beispielsweise bis Ende des Sommers – zu schieben. Über die Frage, ob man einen solchen zeitlichen Dispens bekommt oder nicht, befindet man sich im Gespräch. Das haben wir heute durch Befragung erfahren dürfen.

Zweitens. Die zweite Frage, die ich gestellt habe, lautete: Haben Sie als gemeinsam mit dem Umweltministerium zuständige Fachministerin dem Ministerpräsidenten einen zarten – oder auch deutlichen – Hinweis gegeben, dass sein Wunsch, ein Dekadenprojekt durchzuführen, zumindest im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel so nicht durchführbar ist und er sich doch bitte in Zukunft mit solchen Äußerungen öffentlich zurückhalten möge? Hat es Ihrerseits eine solche Kommunikation in Richtung Staatskanzlei gegeben?

Weiß der Ministerpräsident auch das, was Sie heute hier vorgetragen haben? Wird er in Zukunft das Dekadenprojekt nicht mehr vertreten? Immerhin handelt es sich in gewisser Weise um ein Versprechen, wenn der Ministerpräsident das tut. So habe ich es jedenfalls interpretiert. Deshalb war ich nach der letzten Sitzung und nach dem Vortrag des Staatssekretärs etwas irritiert.

Drittens. Die dritte Frage stelle ich noch einmal präzise; denn das heißt möglicherweise etwas für das Parlament. Eine Garantieerklärung ist erforderlich. Die werden die Kommunen – entweder mehrere oder eine – aber nicht geben können, weil sie, wie Sie dargestellt haben, im Haushaltssicherungskonzept sind. Eine Garantieerklärung des Landes bedeutet meines Erachtens automatisch, dass es einen Nachtragshaushalt geben muss. Zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung würde sich Etliches verschieben, wenn ...

(Ministerin Ina Scharrenbach [MHKBG]: Ja, ist okay!)

– Sie können ja der Rechnung widersprechen. Herr Mostofizadeh hat eben die Zahlen genannt. Der Staatssekretär hat sie in der letzten Sitzung vorgetragen – Zahlen auf der Basis des RVR. Wenn man jetzt annimmt, es bestehe die Bereitschaft, von drei Standorten auf einen Standort zu wechseln, dann fällt automatisch weg, dass sich viele Kommunen an einer Finanzierung beteiligen. Vielmehr wird das Konzept dann auf eine Kommune konzentriert. Und in dem Fall können Sie ja nicht davon ausgehen, dass alle anderen Kommunen bereit sind, auf ihre Städtebauförderung zu verzichten, nur damit in der einen Kommune eine IGA durchgeführt werden kann.

Die Decke, nach der man sich strecken muss, wird also nicht größer, sondern sie wird eher kleiner. Auch im Fall, dass Sie eine Internationale Gartenbauausstellung unterstützen, sind zusätzliche Mittel und Garantieerklärungen des Landes nötig. Vielleicht sind sie in geringerem Umfang nötig, aber mit dem jetzt zur Verfügung stehenden Budget werden Sie das nicht leisten können.

Deswegen hier noch einmal die Frage: Ist die von mir dargestellte Konsequenz richtig?

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Herr Abgeordneter Remmel, wenn Sie damals als Staatsminister im Kabinett betont haben, dass eine Ausstellung eine Ausstellung ist – in der Frage, was denn eine Gartenausstellung ist, liegen wir gar nicht weit auseinander – und dass es zusätzlicher Landesmittel bedarf, dann hätten wir als Landesregierung uns darauf gefreut, wenn man seitens SPD und Grünen – regierungsseitig oder seitens des damaligen Gesetzgebers – im Landeshaushalt 2017 für die mittelfristige Finanzplanung Vorsorge getroffen hätte. Das haben Sie aber nicht getan.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir haben doch einen Nachtrags-  
haushalt gemacht!)

Herr Remmel, wir beide haben nicht miteinander gesprochen; auch mit dem früheren Minister Groschek habe ich nicht gesprochen. Ich glaube aber, dass wir ein relativ gleiches Verständnis über diese Gartenausstellung haben. Das glaube ich.

Ich komme noch einmal zurück auf den Eingang. Man kann immer ein Dekadenprojekt denken. Sie wissen ja, dass wir auf der anderen Seite auch versuchen, zusätzliche Mittel des Bundes für bestimmte Maßnahmen im Ruhrgebiet zu akquirieren. Das läuft.

Ich sage Ihnen offen: Wir wissen derzeit nicht, was die deutsche Bundesgartenbaugesellschaft von der Landesregierung konkret erwartet.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ausfallbürgschaft!)

– Ausfallbürgschaft? – Okay. Wir sprechen am 3. Juli darüber. Wir wissen es derzeit wirklich nicht. Ich sage Ihnen das ganz offen.

Deswegen sage ich noch nicht, dass das haushälterische Beschlüsse und Änderungen der mittelfristigen Finanzplanung und Vergleichbares erfordert; denn immerhin befinden wir uns gerade im Haushaltsaufstellungsverfahren für das Jahr 2019. Deshalb bitte ich auch darum, uns in Ruhe arbeiten zu lassen.

Zu Ihrem letzten Punkt. Sie haben sehr deutlich genau den Dissens aufgemacht, den wir sehen – nämlich die Problematik im Zusammenhang mit der Gartenausstellung. Deswegen sprach im Grunde Ihr letzter Ansatz so für sich, dass ich das gar nicht zu kommentieren brauchen. Auch deswegen habe ich mich dazu hinreißen lassen, zu sagen: Ich glaube, wir – zum Beispiel Herr Groschek und ich – liegen in der Frage, was zu tun ist, gar nicht so weit auseinander.

Wir arbeiten daran. Wir werden vor der Sommerpause einen Kabinettsbeschluss bekommen. Wir diskutieren mit der Deutschen Bundesgartenbaugesellschaft, auch wenn es sich nicht um unsere Frist handelt, über die wir diskutieren. Wir sind im Gespräch mit kommunalen Hauptverwaltungsbeamten, und wir werden uns dann auch über die Frage austauschen, wo wir was machen – je nachdem, welcher Rahmen dann besteht.

Und auch Sie wissen aus Ihren Gesprächen mit Ihren kommunalen Hauptverwaltungsbeamten – „Sie“ großgeschrieben –, dass der eine oder andere sagt: Na ja, was da vorgetragen wird, ist jetzt vielleicht nicht so prioritär. – Deswegen befinden wir uns im Gespräch. Wir haben das zum einen mit dem Regionalverband, aber zum anderen auch mit den kommunalen Hauptverwaltungsbeamten zu besprechen. Sämtliche Beschlüsse, die gefasst wurden, sagen sehr deutlich, dass der Regionalverband die Beschlüsse in den Mitgliedskommunen im Januar, Februar, März 2018 vorbereitet und dass vor diesen Beschlüssen Klarheit über die Folgekosten und Folgeeinnahmen herrscht. Beides liegt zum jetzigen Zeitpunkt nicht vor.

Es ist in dem Fall nicht anklagend gemeint, allerdings wollen Sie ja wissen, warum es gerade stockt. Wir arbeiten jedenfalls daran, diese Internationale Gartenbauausstellung 2027 als Ausstellungsformat entsprechend zu qualifizieren und zu unterlegen. Und über die andere Frage nach dem Dekadenprojekt kann man immer nachdenken.

**Sebastian Watermeier (SPD):** Frau Ministerin, Sie haben sehr korrekt ausgeführt, dass die Landesregierung nicht immer genau weiß, was die Bundesgartenschau-Gesellschaft erwartet. Ich habe allmählich den Eindruck, dass die Kommunen auch gar nicht wirklich wissen, was die Landesregierung erwartet.

(Ministerin Ina Scharrenbach [MHKBG]: Das stimmt nicht!)

Und wenn ich mir die heutige Ausschusssitzung anschau, dann kann ich das auch vollauf verstehen. Einerseits haben Sie heute ausgeführt, dass Sie eine glaubwürdige Darstellung wollen, wie Kommunen, die sich in verschiedenen haushälterischen Bedingungen befinden, dies bis 2027 – und teilweise noch im Bereich der Folgekosten – glaubwürdig darstellen können. Andererseits sagen Sie: Es hätte uns ja gereicht, wenn Sie in die Resolution einen Satz reingeschrieben hätten. – Das widerspricht sich aber doch. Das ist doch nicht das gleiche. Und ich kann auch sehr gut verstehen, dass Kommunen sagen: Bis 2027 können wir das nicht detailliert darstellen, weil sich natürlich die kommunale Haushaltslage jedes Jahr verändert.

(Ministerin Ina Scharrenbach [MHKBG]: Ach, aber wir sollen es machen!)

Und daran sind Sie mit Ihrem Gemeindefinanzierungsgesetz und Ihren Schlüsselzuweisungen auch unmittelbar beteiligt. In Kommunen macht das zweistellige Millionenbeträge aus, um die sich so ein Haushalt Jahr für Jahr verschiebt. Es ist unredlich, in dieser Hinsicht einen Nachweis bis auf den letzten Cent zu fordern.

Wenn Sie sagen: „Der eine Satz hätte gereicht“, dann sage ich jetzt: Dann hätten Sie das an Ihre – mit großem „S“ und „I“ – Ratsfraktionen weitergeben können. Dann hätten sich nämlich die Kollegen von der CDU-Fraktion in den kommunalen Beratungen richtig konstruktiv im Sinne der Kollegen der CDU-Landtagsfraktion einbringen und diesen einen Satz als Änderungsantrag in die Resolution mit hinein formulieren können. In dem Fall müssten wir uns heute über das Thema gar nicht mehr so aufregen; denn laut Ihrer Aussage wäre das schon abgeräumt.

Auch zum Thema „Demokratie“ und „Parlamentarismus“ würde ich in Richtung der Kollegen der CDU-Fraktion gerne etwas sagen. Dass wir uns hier im Landtag in verschiedenen Ausschüssen überhaupt über die IGA unterhalten – nämlich im Ausschuss für Europa und Internationales und in diesem Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – liegt nicht an Ihnen. Das ist nicht der gute Parlamentarismus von Ihnen und der Landesregierung, sondern das geschieht auf Betreiben der Grünen und der SPD-Fraktion. Ansonsten würde über dieses Thema überhaupt nicht gesprochen.

Das ist das eigentliche Problem bei der Sache. Offensichtlich sind die Informationsstände sehr unklar, und Sie lehnen ab, sich mal anzuhören, was der RVR überhaupt zu sagen hat. Natürlich ist es völlig in Ordnung, wenn die Ministerin die Sicht ihres Hauses und anderer Teile der Landesregierung referiert. Wir hören uns das auch gerne an. Aber wir hören ja auch etwas anderes; denn offensichtlich funktioniert diese Kommunikation nicht ganz so, und offensichtlich steckt dahinter auch die Geschichte, immer ein neues Problem zu finden, an dem es gerade hakt. Im Januar hat Herr Holt-hoff-Pförtner gesagt: Das Ding ist zu groß, ihr müsst mit dem Volumen runter. – Dann

geht es mit dem Volumen runter, und plötzlich fehlen die kommunale Finanzierungs-zusage und die Absichtserklärungen aller Kommunen. Dann sind plötzlich heute die Folgekosten nicht geklärt. Um am Ende möchte man das Konzept noch mal generell hinterfragen.

Es bestehen eine Reihe von Fragezeichen, von denen ich glaube, dass sich dieses Haus schon lange damit hätte beschäftigen müssen. Es wäre Aufgabe der Landesregierung gewesen, die Beschäftigung damit in diesem Hause sicherzustellen.

**Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG):** Ihr Beitrag war ein Stück weit selbstentlarvend. Auf der einen Seite sagen Sie, dass die Kommunen nicht bis 2027 vorausblicken können, erwarten aber, dass wir als Landesregierung genau das tun und die Frage beantworten, was an künftigen Bundes- und EU-Fördermitteln, die wir als Land kofinanzieren, kommt. Das erwarten Sie.

(Frank Boss [CDU]: Genau! – Sebastian Watermeier [SPD]: Nein, ich erwarte, dass Sie einen Letter of Intent schreiben!)

Sie sagen weiterhin, dass ich als Ministerin an die CDU-Fraktion herantreten soll, mit der Forderung, etwas zu tun. Wissen Sie, ich trete heran an einen Regionalverband, und ich erwarte, dass Beschlüsse, die sie kommunal im Regionalverband fassen – „sie“ klein geschrieben –, einfach vorgelegt und umgesetzt werden.

Sie weisen darauf hin, Herr Holthoff-Pförtner habe im Januar vorgetragen, sie müssten mit dem Volumen runter. Das hat das frühere Landeskabinett allerdings schon im Juli 2016 getan. Wir haben seit August 2017 die Frage der Folgekostenproblematik und der Belastbarkeit und Tragfähigkeit der kommunalen Haushalte vorgetragen. Das ist kein neues Argument. Das ist auch nichts Neues, was da gesucht wird. Das haben S(s)ie sogar schon verschriftlicht bekommen.

(Sebastian Watermeier [SPD]: „Sie“ groß oder klein?)

Es gab dazu sogar eine Anfrage einer Abgeordneten in den Gremien des Regionalverbandes. Es gibt Kommunen, die sich im Unklaren darüber sind, ob Eigenanteile auf Sie zukommen. Sie können nicht sagen, dass das alles nicht bekannt ist. Insofern war Ihr Beitrag selbstentlarvend.

**Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU):** Wir diskutieren jetzt seit fast 2 Stunden.

Sie tun so, als seien Sie der Anwalt der Kommunen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie spalten und sorgen dafür, dass Unfriede in die Kommunen kommt. Sie liefern Scheinargumente. Das alles bringt uns kein Stück weiter. Im Gegenteil: Es ist ganz offensichtlich, dass die Landesregierung das Gespräch sucht und führt und dass die Kommunikation innerhalb der Landesregierung und auch nach außen klappt. Sie suchen ganz verzweifelt – diesen Eindruck habe ich – das Haar in der Suppe. Aber am Ende des Tages werden auch Sie feststellen müssen, dass Sie völlig auf dem falschen Dampfer sind.

Sie haben mich eben angesprochen, ob ich für meine Kommunen spreche. Das tue ich. Ich denke aber, dass Sie jeglichen Kontakt zu unseren Kommunen verloren haben.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Nach diesem zielführenden Beitrag möchte ich mich relativ kurz fassen. Frau Ministerin, wenn ich das richtig verstehe, verlangt die Bundesgartenbaugesellschaft eine entsprechende Bürgschaftserklärung, und dann müssen Sie eine Erklärung abgeben, ob Sie das bis 2027 machen wollen oder nicht. Ich habe all Ihre Argumente und Ihre Maßstäbe, die Sie aufgezeigt haben, nicht bewertet. Sie sind nur nicht bereit, den Schluss daraus zu ziehen.

Wenn man so argumentiert wie Sie, dann ist der Schluss relativ einfach; denn dann ist die vom RVR beantragte Gartenbauausstellung nicht durchführbar.

Herr Watermeier hat ja schon angekündigt, dass wir ein Aufklärungsinteresse haben. Deshalb beantrage ich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Anhörung zu dem Thema „Sachstandsbericht des RVR“. Ich kündige jetzt schon an, dass wir natürlich auch den RVR als Sachverständige benennen werden. Vielleicht werden wir das mit einigen Fraktionen abstimmen. Ich bitte den Vorsitzenden, einen geeigneten Termin dafür zu benennen – wenn es geht, noch vor der Sommerpause.

Spannend fand ich, dass der Ministerpräsident sozusagen der neue Philosoph der Landesregierung ist und über Dekadenprojekt nachdenken darf, während die Ministerin die harte Arbeit in der Tiefe des Raumes macht.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling:** Nach Geschäftsordnung bedarf es eines Viertels der Mitglieder des Ausschusses oder einer Fraktion für die Beantragung einer Anhörung. Insofern haben wir Ihren Antrag jetzt dokumentiert. Ich unterbreite Ihnen einen Terminvorschlag. Vielleicht wird die Terminfindung so spaßig, wie es bei dieser Sondersitzung der Fall war. Ich freue mich diesbezüglich schon auf die Zusammenarbeit. Ich werde mir Mühe geben, alle Wünsche zu berücksichtigen.

Ich möchte den sachlichen Hinweis geben, dass ich die Verantwortung dafür trage, das Protokoll zu dieser Sitzung freizugeben. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich alles erdenklich Mögliche tun werde, mich intellektuell einzuarbeiten um „sie/Sie“ und „ihr/Ihr“ unterscheiden zu können. Ich werde Ihnen das Protokoll natürlich nicht schicken, aber wenn Sie sich falsch zitiert fühlen, dann sagen Sie das bitte. Ich werde versuchen, das so sauber wie möglich darzustellen, wir haben aber natürlich auch Möglichkeiten, im Nachhinein Korrekturen vorzunehmen.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung. Wir sehen uns wieder am 6. Juli 2018.

gez. Stefan Kämmerling  
Vorsitzender